

**Wahlprogramm des SSW
zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein
am 7. Mai 2017**

Unabhängig, Sozial, Näher dran

**SSW – darauf kannst du
dich verlassen**

Beschlossen auf dem Landesparteitag am 18.02.2017 in Rendsburg.

Vorwort

Seit Juni 2012 ist der SSW erstmals in seiner fast 70-jährigen Geschichte an der Landesregierung beteiligt. In den vergangenen fünf Jahren ist es uns deshalb gelungen, eine lange Reihe unserer politischen Forderungen in die Wirklichkeit umzusetzen. Vom Tariftreuegesetz über das Strafvollzugsgesetz und die Kulturpolitik bis zum Demenzplan trägt die Landespolitik unsere Handschrift.

Wir haben in der Landesregierung in den vergangenen Jahren die Ausgaben für Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen deutlich erhöht, die Sanierung der maroden Infrastruktur angepackt, unsoziale Kürzungen zurückgenommen, die Kriminalitätsbekämpfung gestärkt, der Zusammenarbeit mit Skandinavien eine ganz neue Qualität gegeben... - und bei alledem noch den Schuldenabbau vorangetrieben.

In aller Bescheidenheit sind wir selbst mit diesem Ergebnis zufrieden, aber wir wollen noch mehr erreichen. In den kommenden Jahren steht unser Land vor weiteren großen Weichenstellungen. Bis 2020 werden wir die Schuldenbremse erfüllt haben und die Nettoneuverschuldung des Landes auf Null gebracht haben. Dann geht es darum, mühsam die Altschulden abzubauen.

Und vor allem geht es darum, dass unser Land die Veränderungen gut meistert, die vor uns stehen: Die Bevölkerungsentwicklung, bei der die Menschen weniger und älter werden. In manchen Regionen wird die Bevölkerung deutlich schrumpfen, in anderen wachsen. Und die Digitalisierung. Überall im Arbeitsleben und nicht zuletzt im Privatleben werden wir davon berührt.

Diese großen Trends lassen sich nicht aufhalten. Aber sie können politisch gestaltet werden. Unser Ziel dabei: All diese Entwicklungen sollen so weit wie möglich passieren, ohne dass daraus neue Verliererinnen und Verlierer hervorgehen. Das ist das Wichtigste. Und: Die Digitalisierung und die Bevölkerungsentwicklung bieten auch Möglichkeiten, unser Land neu zu gestalten und neue wirtschaftliche Chancen zu nutzen. Dafür wollen wir uns in der neuen Wahlperiode bis 2022 stark machen.

Unser Kompass ist dabei klar: wir wollen einen solidarischen Wohlfahrtsstaat, bei dem die Lasten gerecht verteilt werden und in dem den Schwachen geholfen wird. Voraussetzung für Gerechtigkeit ist vor allem, dass alle Kinder Zugang zur bestmöglichen Bildung und Erziehung haben. Und die Erwachsenen gute Arbeitsbedingungen. Gerechtigkeit ist auch, wenn die Politik alle Regionen im Land im Blick hat und die regionale wirtschaftliche Entwicklung fördert. Und schließlich steht der SSW, die Partei der dänischen Minderheit und friesischen Volksgruppe natürlich für eine gute Gemeinschaft von Deutschen, Däninnen und Dänen, Friesinnen und Friesen und Sinti und Roma im Land.

Der SSW kann mit seiner ganz eigenen Art dazu beitragen, dass es in den kommenden fünf Jahren weiter gut läuft. Wir haben den großen Vorteil, dass wir nicht davon Abhängig sind, was eine Bundespartei in Berlin will und mit wem sie gerade koalitiert. Der SSW kann sich voll und ganz darauf konzentrieren, was für die Menschen in Schleswig-Holstein am besten ist. Und das tun wir.

Unsere Regierungskoalition der letzten Jahre hat geräuschlos und gut gearbeitet. Das mag jene ärgern, die lieber Krawall mögen. Für das Land ist das gut gewesen. Deshalb möchten wir die Koalition fortsetzen. Der SSW ist der Garant dafür, dass Schleswig-Holstein wirklich die Landesregierung bekommt, die das Land verdient hat. Eine die sich um die Zukunft kümmert und nicht die Alltagsorgen vergisst. Ohne große Show und inszenierten Streit, mit viel Sachlichkeit und bodenständiger Vernunft. Dafür bitten wir um Deine Unterstützung.

In diesem Wahlprogramm kannst Du nachlesen, wofür wir uns in diesem Sinne nach der Landtagswahl am 7. Mai einsetzen wollen. SSW- Darauf kannst Du Dich verlassen!

Flemming Meyer
SSW-Landesvorsitzender

Lars Harms
SSW-Spitzenkandidat

Inhalt

Der SSW – die ganz besondere Partei für den Norden

- Auch eine Minderheitenpartei kann das Land mitregieren
- Spitzenkandidat Lars Harms: der bodenständige Friese von der Westküste
- Der SSW hat vertrauenswürdige Politiker und Politikerinnen
- Wir haben 10 Ziele für ein besseres Schleswig-Holstein

Das will der SSW bis 2022 für die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein erreichen:

Unsere Bildungspolitik: Qualität an erster Stelle

- Kinderbetreuung verbessern
- Schulstrukturen festigen und Qualität entwickeln
- Bildungswesen inklusiv gestalten
- Qualitative Ganztagsangebote ausbauen
- Berufliche Bildung weiter entwickeln und flexibel gestalten
- Wir wollen Weiterbildung stärken
- Hochschulen zukunftsfest aufstellen
- Medienkompetenz fördern

Unsere soziale Politik: Für einander eintreten

- Armut eindämmen
- Soziale Hilfen stärken
- Gute Arbeit unterstützen
- Arbeitslose umfassend und individuell fördern
- Politik für und mit Menschen mit Behinderung machen
- Pflege und Krankenversorgung zukunftsfest machen
- Realistische Drogenpolitik
- Kinder und Jugendliche unterstützen
- Sport fördern
- Wohnraum schaffen

Unsere Integrationspolitik: Zusammenleben fördern - Ausgrenzung bekämpfen

- Einwanderinnen und Einwanderer integrieren
- Flüchtlingen helfen
- Kulturellen Dialog führen
- Islamkonferenz einrichten

Unsere Wirtschaftspolitik: Starke Unternehmen für starke Regionen

- Unternehmen stärken
- Für faire Freihandelsabkommen - CETA ablehnen
- Tourismus stärken
- Landwirtschaft und Fischerei stützen

Unsere Infrastrukturpolitik: Beständige Sanierung und gezielter Ausbau

- Öffentlichen Verkehr ausbauen
- Straßen erhalten und zielgerichtet ausbauen
- Breitband flächendeckend ausbauen

Unsere Kulturpolitik: Kein Luxus, sondern Lebensmittel

- Die Kulturförderung ausweiten
- Kulturelle Bildung ausbauen
- Kultureinrichtungen fördern
- Gedenkstätten modernisieren

Unsere Minderheitenpolitik: Kulturelle Vielfalt als Recht der Minderheit und Bereicherung der Mehrheit

- Unsere Minderheiten- und Regionalsprachen weiter stärken
- Unsere Minderheiten unterstützen
- SH als Minderheitenkompetenzzentrum und europäische Minderheitenpolitik stärken

Unsere Innen- und Rechtspolitik: Sachlich und bürgerorientiert

- Sicherheit geben
- Einen starken Rechtsstaat erhalten
- Effektiven Justizvollzug fördern
- Privates schützen
- Gleichstellung und Antidiskriminierung gewährleisten

Unser Staat: Handlungsstark und bürgernah

- Landesfinanzen nachhaltig sanieren
- Die Kommunen vor Ort wieder handlungsfähig machen
- Verantwortung für Daseinsvorsorge gerecht werden
- Den Staat ins digitale Zeitalter führen
- Nordstaat verhindern
- Bürgerinnen und Bürgern einbinden

Unsere Außenpolitik: Schleswig-Holstein als Teil des europäischen Nordens

- Von der Europäischen Union profitieren
- Gute Nachbarschaft mit den nordischen Ländern vertiefen
- Ostseezusammenarbeit aktiv prägen
- Nordseezusammenarbeit erneuern

Unsere Umweltpolitik: Konsequenter Schutz für Mensch und Natur

- Flächenverbrauch reduzieren
- Unser Wasser besser schützen
- Wälder ausweiten
- Unsere beiden Meere schützen
- Müll reduzieren und Ressourcen schonen
- Küstenschutz intensivieren

Unsere Klima- und Energiepolitik: Energiewende ohne Wenn und Aber

- Klimaschutz konsequent anstreben
- Windenergie weiter ausbauen
- Strom vor Ort produzieren, speichern und nutzen
- CCS und Fracking ausschließen

Der SSW – die ganz besondere Partei für den Norden

Auch eine Minderheitenpartei kann das Land mitregieren

Die **Küstenkoalition** hat das Land seit 2012 ohne große Streitereien vernünftig und verlässlich regiert und Schleswig-Holstein sozial, kulturell und wirtschaftlich vorangebracht. Die Kürzungen der vorherigen Landesregierung wurden zurückgenommen und es wurden viele Investitionen in Bildung, Infrastruktur oder in die Innere Sicherheit getätigt. Der SSW hat dabei als kleinster Koalitionspartner mit seinem besonderen skandinavischen Stil konstruktiv und pragmatisch zum Erfolg der Landesregierung beigetragen. Unsere **Ministerin Anke Spoorendonk** hat bei der deutsch-dänischen Zusammenarbeit, im Kulturbereich und im Justizbereich neue Akzente gesetzt. Der SSW hat bewiesen: auch eine Minderheitenpartei kann das Land mitregieren. Dabei hebt der SSW nicht ab, sondern bleibt bodenständig, spricht mit den Menschen und konzentriert sich auf die Lösung von Sachthemen.

Der SSW ist eine ganz besondere Partei, die es nur in Schleswig-Holstein gibt, weil wir als regionale Minderheitenpartei ausschließlich Politik für Schleswig-Holstein machen. **Der SSW macht Politik für alle Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein.** Der SSW ist eine Minderheitenpartei, die für die kulturelle Vielfalt in Schleswig-Holstein wirkt. Der SSW ist eine Regionalpartei, die für Wirtschafts- und Lebenschancen in allen Regionen des Landes kämpft und in einer engeren deutsch-dänischen Zusammenarbeit Zukunftschancen für die Menschen in Schleswig-Holstein sieht. Der SSW ist eine soziale Partei, die für Chancengerechtigkeit, eine solidarische, humane Gesellschaft und für Bürgerrechte kämpft. Der SSW ist eine internationale Partei, die sich nach Skandinavien und Europa orientiert und über den nationalen Tellerrand schaut. Der SSW ist eine zukunftsorientierte Partei, die lebenslanges Lernen, gute Arbeit und gesellschaftliche Entwicklung fördert.

Spitzenkandidat Lars Harms: der bodenständige Friese von der Westküste

Der bodenständige und heimatverbundene 52 jährige Friese Lars Harms, aufgewachsen in Husum an der Westküste, Vater von 6 Kindern und Fußballfan führt mit seiner ruhigen und besonnenen Art als Spitzenkandidat den SSW in die Landtagswahl 2017. **Lars Harms** hat als SSW-Fraktionschef seit 2012 in der Koalition und im Landtag bewiesen, dass er politische Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger erreichen kann. Er ist als Nordfriese ein typischer Schleswig-Holsteiner, der sturmerprobt ist und sich auch bei Gegenwind nicht so leicht umpusten lässt. Er hat klare Werte und politische Haltungen: **Rüm hart - Klaar kiming. Klare Kante: Dafür steht Lars Harms.**

Der SSW hat vertrauenswürdige Politiker und Politikerinnen

Der SSW prägt schon seit Jahrzehnten die Kommunal- und Landespolitik in Schleswig-Holstein. Die SSW-Politikerinnen und SSW-Politiker sind seit jeher dafür bekannt, dass sie bodenständig und pragmatisch Politik für die Bürgerinnen und Bürger machen. Auf SSW-Politiker kann man sich verlassen. Der SSW hält Wort. So hat der SSW zum Beispiel über 100 seiner Wahlforderungen von der Landtagswahl 2012 umgesetzt. In diesen unruhigen und unsicheren Zeiten braucht man Politikerinnen und Politiker, denen man vertrauen kann. Man braucht Politikerinnen und Politiker, die nach der Wahl, das tun, was sie vor der Wahl versprochen haben. **Lars Harms und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter im SSW sind Menschen wie Du und ich, auf die man sich immer verlassen kann.**

SSW-Darauf kannst du dich verlassen.

Sollten die Wählerinnen und Wähler dem SSW die Chance geben die Politik des Landes weiterhin an entscheidender Stelle zu gestalten, werden wir uns insbesondere für die Umsetzung folgender **Forderungen** einsetzen -

Wir haben 10 Ziele für ein besseres Schleswig-Holstein:

- ***Wir wollen Ganztagsschulangebote und die Ferienbetreuung ausbauen***
- ***Wir wollen die kostenlose Ausleihe in allen schleswig-holsteinischen Bibliotheken nach skandinavischem Vorbild einführen.***
- ***Wir wollen bis 2022 die Umsetzung einer Gemeindegebietsreform.***
- ***Wir wollen eine bessere Sozialstaffel für Kindergarteneltern mit mittleren und kleineren Einkommen schaffen.***
- ***Wir wollen ab 2019 ein Landeswohlfahrtsgesetz in Schleswig-Holstein einführen.***
- ***Wir wollen mehr genossenschaftlichen Wohnraum in Schleswig-Holstein schaffen.***
- ***Wir wollen bessere Landesstraßen für Schleswig-Holstein schaffen und hierfür mehr Geld investieren.***
- ***Wir wollen die Zuschüsse für die Organisationen der dänischen Minderheit und die friesischen Volksgruppe erhöhen.***
- ***Wir wollen die regelmäßige Erhöhung des im Tariftreuegesetz festgelegten Mindestlohns.***
- ***Wir wollen die Gehälter der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer 2020 anpassen.***

1. Wir wollen Ganztagsschulangebote und die Ferienbetreuung ausbauen.

Ganztagsschulen leisten einen erheblichen Beitrag zur Chancengleichheit und zur individuellen Förderung der Kinder. Dazu ermöglichen sie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern und Erziehungsberechtigte. Deshalb wollen wir die Zuschüsse des Landes für Ganztagsschulen deutlich erhöhen. Die bestehende Struktur der Ganztagsangebote (im Schuljahr 2016/2017 gibt es insgesamt 507 offene Ganztagsschulen und 31 gebundene Ganztagsschulen) wollen wir bedarfsgerecht und flächendeckend ausbauen.

- Wir wollen, dass langfristig **alle Familien mit Schulkindern unter 12 Jahren** am Nachmittag auf ein qualifiziertes Betreuungsangebot zurückgreifen können.
- Die Entscheidung, ob die Angebote **offen** oder **gebunden** sein sollen, muss gemeinsam **mit den Schulträgern und Eltern getroffen** werden. Maßgeblich ist der bestehende Bedarf vor Ort.
- Wir wollen, dass Unterricht und außerunterrichtliche Angebote z.B. von **Sportvereinen** durch verbindliche Konzepte verbunden werden.

In einer Zeit, in der die allermeisten Eltern berufstätig sind, muss zudem die Lücke zwischen den langen Schulferienzeiten und den in aller Regel kürzeren Urlaubsansprüchen der Eltern endlich qualifiziert geschlossen werden.

- Wir wollen, dass langfristig alle Familien mit Grundschulkindern **in den Ferienzeiten** auf ein qualifiziertes Betreuungsangebot zurückgreifen können.
- Wir wollen, dass die Landesregierung in der kommenden Wahlperiode dafür ein **entsprechendes Ferienbetreuungs-Konzept für Schleswig-Holstein** erstellt und die Umsetzung beginnt. Dabei sind kommunale Träger und freie Träger der offenen Jugendhilfe einzubinden.
- In einem ersten Schritt wollen wir für den flächendeckenden Ausbau der Ferienbetreuung **10 Millionen Euro pro Jahr** investieren.

2. Wir wollen die kostenlose Ausleihe in allen schleswig-holsteinischen Bibliotheken nach skandinavischem Vorbild.

Die Bibliotheken haben eine entscheidende Rolle beim Lernen von Lesen und Schreiben sowie bei der Informationsvermittlung in einem demokratischen Gemeinwesen. In Schleswig-Holstein gibt es 106 hauptamtlich geleitete Standortbüchereien, 13 hauptamtlich geleitete Fachbüchereien und 37 neben- und ehrenamtlich geleitete Büchereien, zum Teil auf den Inseln, sowie viele Fahrbüchereien insbesondere im ländlichen Gebieten. In 2016 wurde das Bibliothekswesen des Landes mit dem ersten Bibliotheksgesetz in der Geschichte des Landes gestärkt. Der SSW will diesen Weg konsequent weitergehen und lässt sich dabei auch von dem großen Stellenwert, den die Bibliotheken bei unseren skandinavischen Nachbarn haben, leiten. Wir wollen die Bibliotheken in Schleswig-Holstein nach skandinavischem Vorbild weiterentwickeln und stärken.

- Dazu gehört eine kostenlose Ausleihe in allen schleswig-holsteinischen Bibliotheken. Das wird **ca. 3 Millionen Euro** pro Jahr kosten, die das Land den Kommunen erstatten muss.
- Dazu wollen wir für die finanzielle Stärkung der schleswig-holsteinischen Bibliotheken **2 Millionen Euro pro Jahr** zusätzlich geben. Ein Teil dieses

Geldes soll dafür verwendet werden, dass alle Bibliotheken in Schleswig-Holstein **kostenloses W-LAN** anbieten.

3. Wir wollen bis 2022 die Umsetzung einer Gemeindegebietsreform.

Angesichts der Herausforderungen vor denen die kommunale Selbstverwaltung steht - wie u.a. digitale Gesellschaft, Energiewende, Strukturwandel der Wirtschaft, Schuldenbremse, Verödung der Innenstädte, Ausbluten des ländlichen Raums und demographischer Wandel - vergrößert sich die Lücke zwischen den heutigen Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen an öffentlicher Dienstleistung auf der einen Seite und den bestehenden ineffektiven kommunalen Strukturen in Schleswig-Holstein mit 1.100 Kommunen auf der anderen Seite.

Eine Kommunalreform, die dieser Situation Rechnung trägt, ist für die Zukunft Schleswig-Holsteins unabdingbar. Diese soll durch größere Kommunen die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten verbessern und den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die kommunalen Entscheidungen stärken.

- Das Ziel sind **größere**, selbständige und selbstverantwortlich arbeitende **Kommunen**, in denen die politische Gemeinde und die Verwaltungseinheit identisch sind.
- Nach der Landtagswahl im Mai 2017 wird ein Gesetzentwurf für eine kommunale Gebietsreform in den Landtag eingebracht. Hierbei soll sich an eine Phase der **Freiwilligkeit** einer Phase der gesetzlich festgeschriebenen Gemeindezusammenschlüsse anschließen.
- Bis **Ende 2022** soll die kommunale Gebietsreform umgesetzt werden, so dass die neuen Kommunalvertretungen zur Kommunalwahl 2023 gewählt werden können. Damit würde die Zahl der Kommunen in Schleswig-Holstein von ca. **1.100** auf rund **170** Kommunen sinken.

4. Wir wollen eine Erweiterung der Sozialstaffel für Kindergarteneltern mit mittleren und kleineren Einkommen schaffen.

Langfristig ist es das Ziel des SSW, dass der Besuch von Kinderkrippen und Kindergärten kostenfrei sein soll. Ein erster kleiner Schritt ist mit dem eingeführten Krippengeld von 100,- Euro geschaffen. Um insbesondere die Eltern mit mittleren und kleineren Einkommen schneller zu entlasten, ist es notwendig, die Sozialstaffelregelungen in Schleswig-Holstein landesweit bereits jetzt zu verbessern.

- Wir wollen daher zusätzlich **10 Millionen Euro pro Jahr** in eine Erweiterung der **landesweiten Sozialstaffelregelung** investieren, um Eltern mit mittleren und kleineren Einkommen zu entlasten.

5. Wir wollen ab 2019 ein Landeswohlfahrtsgesetz für Schleswig-Holstein einführen.

Wir wollen ab 2019 ein Wohlfahrtsgesetz für Schleswig-Holstein einführen, das die finanziellen Rahmenbedingungen für die Angebote der präventiven sozialen Arbeit und der sozialen Selbsthilfegruppen verbessert. Die Arbeit der vielen sozialen Vereine und Verbände in Schleswig-Holstein hat eine große präventive Wirkung. Sie helfen vielen Menschen und sparen der öffentlichen Hand damit viel Geld. Die Rahmenbedingungen für die präventive soziale Arbeit und für die sozialen Selbsthilfegruppen sind schon in dieser Legislaturperiode gestärkt worden. Das reicht uns aber noch nicht.

- Wir wollen die **Zuschüsse für präventive soziale Arbeit und für die sozialen Selbsthilfegruppen** jährlich mit 1,5% dynamisieren. Das sind **ca. 500.000,- Euro** im Jahr.
- Dazu wollen wir die Zuschüsse für die **Stärkung des Ehrenamtes und der Selbsthilfe im sozialen Bereich** zusätzlich um **200.000,- Euro pro Jahr** erhöhen.
- Außerdem wollen die finanziellen Rahmenbedingungen dieser wichtigen Arbeit weiter stärken und ab **2019 ein Wohlfahrtsgesetz** für Schleswig-Holstein einführen.
- Weiter wollen wir die im **Sozialvertrag I** festgelegten Beträge ab 2019 weiterführen und um **500.000,- Euro pro Jahr erhöhen**, so dass insgesamt 2,5 Millionen Euro dafür zur Verfügung stehen.

6. Wir wollen mehr genossenschaftlichen Wohnraum in Schleswig-Holstein schaffen

Es muss mehr öffentlicher sozialer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden, zum Beispiel durch die Förderung von Genossenschaftsmodellen für Menschen mit mittleren und kleineren Einkommen. Mit dem seit 2015 laufenden Programm für die soziale Wohnraumförderung 2015-2018 und dem 2015 beschlossenen Programm für erleichtertes Bauen stellt die Landesregierung insgesamt über 700 Millionen Euro für die Schaffung bezahlbarer Wohnungen zur Verfügung. Außerdem haben wir durch Zuschussmodelle dafür gesorgt, dass der Bau von Sozialwohnungen auch bei niedrigen Zinsen auf dem Kapitalmarkt attraktiv ist. Diese Anstrengungen müssen auf hohem Niveau fortgesetzt und ausgebaut werden, denn schon jetzt ist klar, dass Schleswig-Holsteins Bevölkerung eher wächst als schrumpft und daher mehr neue Wohnungen dringend benötigt werden.

- Wir wollen, dass im Land **jährlich 5.000 bezahlbare Wohnungen** gebaut werden, um den hohen Druck auf den Wohnungsmarkt zu lindern. Insbesondere **Genossenschaften** sollen dabei eine herausragende Rolle spielen. Sollte es notwendig sein, die Attraktivität des Sozialwohnungsbaus zu steigern, muss auch auf **weitere Anreize** wie Zuschüsse oder vergünstigten Baugrund gesetzt werden.
- Wir wollen, dass das **Programm für die soziale Wohnraumförderung nach 2018** an ein Nachfolgeprogramm anknüpfen kann, damit am Wohnungsmarkt eine deutliche Entspannung spürbar wird. Auch im Rahmen eines Hilfspakets für Wohnungslose ist dieser Punkt wichtig. Es fehlt häufig an kleinen, bezahlbaren Wohnungen.

- Wir wollen in den Hochschulstädten den **Bau von Wohnungen** für Studierende und Auszubildende fördern, um den Druck vom kostengünstigen Segment im lokalen Wohnungsmarkt zu nehmen.

7. Wir wollen bessere Landesstraßen für Schleswig-Holstein schaffen

Obwohl in den letzten fünf Jahren Fortschritte erzielt worden sind, ist eine Verbesserung der Infrastruktur in Schleswig-Holstein immer noch dringend notwendig. Während viele Infrastrukturprojekte abhängig von der Bundesförderung und der Priorisierung des Bundesverkehrsministeriums sind, kann das Land selber bei den Landesstraßen Verbesserungen schaffen.

- Daher wollen wir in den nächsten fünf Jahren zusätzlich **10 Millionen Euro pro Jahr** in die dringende Sanierung der Landesstraßen in Schleswig-Holstein investieren.

8. Wir wollen die Zuschüsse für die Organisationen der dänischen Minderheit und die friesische Volksgruppe erhöhen.

Für die dänische Minderheit ist die Kulturarbeit ein wichtiger Teil, um weiterhin die dänische Sprache und Kultur in ihrer Heimat ausleben zu können. Dies gilt auch für die Organisationen der friesischen Volksgruppe. Die Kulturarbeit der Minderheiten wollen wir deshalb weiter stärken.

- Wir wollen eine **Erhöhung** der Zuschüsse des Landes für die dänische Kulturarbeit und für die Organisationen der friesischen Volksgruppe erreichen.
- Wir wollen für alle Organisationen der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe **Ziel- und Leistungsvereinbarungen** abschließen, die eine jährliche Dynamisierung der Zuschüsse sichern.
- Die Gesamtkosten dieser Maßnahmen belaufen sich auf ca. **400.000,- Euro pro Jahr**.

9. Wir wollen die regelmäßige Erhöhung des im Tariftreuegesetz festgelegten Mindestlohns.

Wir wollen, dass das Land weiterhin gute Arbeit fördert. Jeder Arbeitnehmern und Arbeitnehmer muss in Schleswig-Holstein von seinem Lohn bzw. Gehalt leben können. Dies gehört zum Selbstrespekt eines jeden Menschen und bedeutet, dass die Arbeits- und Lohnbedingungen fair sein müssen. Das Land muss weiterhin in den Bereichen, in denen es selber die Lohn- und Arbeitsbedingungen gestalten kann, vorangehen. Schleswig-Holstein hat mit seinem Tariftreuegesetz, das insbesondere mittleren Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen sichert, eine Vorreiterrolle in diesem Bereich eingenommen. Auch die Einführung eines tariflichen Mindestlohns von inzwischen 9,99 Euro pro Stunde bei öffentlichen Ausschreibungen ist vorbildlich. Wir wollen, dass das Land weiterhin seine Vorbildfunktion bei der Förderung von guter Arbeit ausfüllt.

- Dazu gehört, dass das **Tariftreuegesetz** des Landes zusammen mit dem **Korruptionsregister** erhalten bleibt.

- Der tarifliche Mindestlohn soll jedes Jahr dynamisiert werden.
- Wir wollen, dass die Bestimmungen des Tariftreuegesetzes in Zukunft auch für die Kommunen verpflichtend zu erfüllen sind.

10. Wir wollen die Gehälter der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer 2020 anpassen

Zu einer guten Bildung für unsere Kinder gehört, dass auch diejenigen Lehrkräfte, die sie in den ersten Jahren an das Lernen heranführen, gerecht entlohnt werden. Durch unsere Neustrukturierung der Lehrerbildung wird die Ausbildung und nicht zuletzt die Arbeit der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein moderner und qualitativ hochwertiger. Zur guten Arbeit gehört auch, dass man entsprechend seiner Leistung und Qualifikation bezahlt wird. Derzeit werden Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer genau wie Lehrerinnen und Lehrer an weiterführenden Schulen ungleich bezahlt. Wir wollen die Qualität der Grundschulen als schulische Eingangsstufe sichtbar machen und die Gehälter der Grundschullehrerinnen und -lehrer so bald wie möglich anpassen.

- Wir wollen die Grundlagen so legen, dass im Laufe der Wahlperiode die Gehälter der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer an die Gehälter ihrer Kolleginnen und Kollegen an weiterführenden Schulen auf Gehaltsstufe A13 angepasst werden. Da diese Maßnahme ca. **30 Millionen Euro pro Jahr** kostet, wird dies erst in 2020 umgesetzt werden können.

Das will der SSW bis 2022 für die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein erreichen:

Unsere Bildungspolitik: Qualität an erster Stelle

Bildung für alle ist der Schlüssel für eine gerechte Gesellschaft. Nur durch eine möglichst frühe Bildung von hoher Qualität bekommen alle Kinder in Schleswig-Holstein annähernd gleiche Startchancen ins Leben. Es ist ein Armutszeugnis für Deutschland, dass die Bildungschancen eines Kindes auch heute noch so stark vom Geldbeutel und Bildungsstand der Eltern abhängen.

Die schleswig-holsteinische Bildungspolitik war viel zu lange von Grabenkämpfen geprägt. Schulformen wurden eingeführt, um bald darauf wieder abgeschafft zu werden. Junge Lehrerinnen und Lehrer wurden für Schularten ausgebildet, die schon längst nicht mehr existierten. Bei den Schulen wurde die Systemfrage nun endlich beantwortet: Wir haben heute Gemeinschaftsschulen mit und ohne Oberstufe und wir haben Gymnasien und berufliche Schulen. Das wird auch so bleiben. Damit konnten endlich die entscheidenden Themen Unterrichtsversorgung und Qualität in den Vordergrund rücken. Auch bei den Kindertagesstätten stellt sich jetzt und in Zukunft zuerst die Qualitätsfrage, nachdem in den letzten Jahren die Plätze vor allem im Krippenbereich massiv ausgebaut werden konnten.

Auch bei den Hochschulen gab es viel Gegeneinander - unter Hochschulen und zwischen Regionen. Wir haben erreicht, dass die Hochschulen mehr miteinander reden, sich abstimmen und stärker kooperieren. Alle Hochschulen im Land haben ihre Besonderheiten. Wir brauchen Hochschulen an verschiedenen Standorten, weil gut vernetzte Forschung und Lehre für alle Teile des Landes und ihre wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung sind.

Das wollen wir bis 2022 erreichen:

Kinderbetreuung verbessern

Beim Ausbau der frühkindlichen Betreuungsplätze hat Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren sehr viel Boden gut gemacht. Jetzt muss die Qualität in den Mittelpunkt rücken. Wir wollen die Qualität der frühkindlichen Bildung weiter verbessern und insbesondere auch Kinder von 3 bis 6 Jahren noch stärker in ihrer Sprachentwicklung und Grundbildung fördern.

- Wir wollen, dass **ausreichend Kinderbetreuungsplätze** für die 0-3-Jährigen in den Kommunen geschaffen werden. Darauf haben die Eltern einen Rechtsanspruch. Land und Bund müssen ihre Mittel für den weiteren Ausbau der Krippenplätze erhöhen.
- Wir wollen das Ziel der **kostenlosen Kita** schrittweise verwirklichen. Das ab 2017 eingeführte Kita-Geld für Krippenkinder ist nur eine erste Stufe.
- Wir wollen die Landesmittel zu allererst für zusätzliches Personal in der frühkindlichen Bildung einsetzen. Denn ein **besserer Betreuungsschlüssel** ist die Grundvoraussetzung für pädagogisch qualifizierte Arbeit und damit für mehr **Qualität**.
- Wir wollen, dass für alle Eltern - und insbesondere für bildungsferne Familien und Familien mit Migrationshintergrund - **Anreize** geschaffen werden, ihre

Kinder in eine vorschulische Bildungseinrichtung zu geben. Denn gerade diese Kinder profitieren hiervon besonders stark. Deshalb lehnen wir auch das **Betreuungsgeld** für Eltern, deren Kinder nicht in den Kindergarten gehen, strikt ab.

- Wir wollen, dass das **Finanzierungssystem der Kindertagesstätten** auf andere Beine gestellt wird. Die heutige Mischfinanzierung zwischen Land, Kreisen, Kommunen und Trägern sowie Eltern ist unübersichtlich und spiegelt nicht eindeutig die gemeinsame Verantwortung für diesen Bereich wider. Wir wollen, dass das Finanzierungssystem transparenter, einheitlicher und gerechter wird.

Schulstrukturen festigen und Qualität entwickeln

In den letzten Jahren wächst die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten, das ist eine Erfolgsgeschichte. Denn wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen so viel Bildung wie möglich bekommen. Doch nicht alle brauchen ein Abitur. Und nicht alle Abiturientinnen und Abiturenten wollen studieren. Alle müssen aber genau die Schul- und Ausbildung bekommen, die zu ihren Neigungen und Fähigkeiten passt. Neben starken Gymnasien brauchen wir daher Gemeinschaftsschulen und Berufsschulen von hoher Qualität. Grundvoraussetzung dafür ist, dass der Unterrichtsausfall in allen Schularten konsequent bekämpft wird.

- Wir wollen das Ziel einer **100-prozentigen Unterrichtsversorgung** umsetzen.
- Wir wollen eine deutliche Aufstockung der Landeszuschüsse bei der **digitalen Bildung**.
- Wir wollen, dass neben der technischen Ausstattung der Schulen ihre **Anbindung ans Breitbandnetz** oder vergleichbare mobile Technologien höchste Priorität hat.
- Wir wollen die **Übergänge** zwischen Kita und Schule, Primar- und Sekundarstufe sowie zwischen Schule und Beruf optimieren. Hierfür brauchen wir eine genauere Diagnostik und die gezieltere Beratung und Begleitung von Schülerinnen und Schülern sowie Eltern.
- Wir wollen, dass Land und Kreise ihrer Verantwortung für die **Schülerbeförderung** in vollem Umfang gerecht werden. Dabei müssen Kreise auch ihrer Verantwortung für die Schulen in freier Trägerschaft nachkommen. Unser grundsätzliches Ziel bleibt die **kostenlose Schülerbeförderung** auch für den Bereich der Sekundarstufe II.
- **Schulen in freier Trägerschaft** leisten einen unentbehrlichen Beitrag zur Vielfalt unseres Bildungswesens. Deshalb wollen wir, dass sie bei allen bildungspolitischen Entscheidungen ganz selbstverständlich mitgedacht werden und im gleichen Umfang von steigenden Bildungsausgaben profitieren. Das gilt insbesondere für die **Schulen der dänischen Minderheit**, die rechtlich als Schulen in freier Trägerschaft organisiert aber real die öffentlichen Schulen der dänischen Minderheit sind.

- Um die **Mitbestimmung** von Eltern sowie Schülerinnen und Schülern zu fördern wollen wir ihre **Vertretungen weiter stärken**.
- Wir wollen **Instrumente zur Qualitätssicherung und -entwicklung** wie den Schul-TÜV oder PUSH (Portal zur Unterrichtserfassung Schleswig-Holstein) weiterentwickeln, um die Unterrichtsqualität zu sichern.

Bildungswesen inklusiv gestalten

Wir wollen, dass alle dazugehören. Deshalb sind wir für Inklusion. Sie muss zur bestmöglichen Entwicklung des Einzelnen beitragen. Im Mittelpunkt steht für uns das Kind, das im Unterricht gefördert und gefordert wird – nicht aber überfordert werden soll. Der SSW will ein inklusives Bildungswesen, in dem Kinder und Heranwachsende mit unterschiedlichen Potentialen ganz selbstverständlich von- und miteinander lernen. Um dieses Ziel zu erreichen, bleibt nicht nur die individuelle Förderung wichtig. Entscheidend wird in diesem Prozess sein, dass sich Schule noch weit stärker öffnet, und dass wir den Schulalltag multiprofessioneller (z.B. durch LehrerInnen, SonderpädagogInnen, SchulbegleiterInnen, SchulassistentInnen, SchulsozialarbeiterInnen, PsychologInnen) gestalten. Motivation entsteht, wenn man sich auch philosophisch mit verschiedenen Problemstellungen und Wertvorstellungen auseinandergesetzt hat. Die Diskussion über Ethik und Werte muss in der Schule noch mehr gefördert werden.

- Wir wollen eine **auskömmliche Finanzierung** dieser wichtigen Aufgabe.
- Wir wollen, dass Inklusion und inklusive Unterrichtsgestaltung auch in Zukunft fester Bestandteil nicht nur der Lehrerbildung sondern auch der **Fort- und Weiterbildung** sind.
- Wir wollen, dass die Inklusion konsequent über den **Ansatz multiprofessioneller Teams** verwirklicht wird. Die enge Zusammenarbeit von entsprechend aus- bzw. fortgebildeten Lehrkräften, SchulsozialarbeiterInnen, SchulassistentInnen, SchulbegleiterInnen und SchulpsychologInnen trägt den Bedürfnissen aller Kinder Rechnung. Das IQSH (Institut zur Qualitätssicherung Schleswig-Holstein) muss die Lehrkräfte dabei durch Fortbildungsangebote weiter unterstützen.
- Wir wollen den bedarfsgerechten **Erhalt der Förderzentren**, um weiterhin Wahlfreiheit zu bieten. Die Erfahrung zeigt, dass die inklusive Beschulung in Regelschulen nicht für jedes Kind mit Behinderung der richtige Weg ist.
- Wir wollen eine **Qualitätssicherung** durch fortlaufende Evaluation des Inklusionskonzepts.
- Wir wollen Schulen, die im Bereich der Inklusion, der Integration geflüchteter Jugendlicher und Schülerinnen und Schüler mit **besonderen Bedarfen** gefor-

dert sind und in **sozialen Brennpunkten** liegen, durch zusätzliche Personalressourcen unterstützen.

Qualitative Ganztagsangebote und Ferienbetreuung ausbauen

Ganztagschulen können einen großen Beitrag zur Chancengleichheit und Persönlichkeitsentfaltung der Kinder leisten. Voraussetzung hierfür ist allerdings ein entsprechendes pädagogisches Konzept, ein multiprofessioneller Ansatz (z.B. durch Lehrer-Innen, SonderpädagogInnen, SchulbegleiterInnen, SchulassistentInnen, SchulsozialarbeiterInnen, PsychologInnen) und eine enge innerschulische Kooperation. Schulen in freier Trägerschaft, wie die Schulen der dänischen Minderheit, müssen auch hier mitgedacht werden.

- Wir wollen die **Zuschüsse des Landes** für Ganztagschulen deutlich erhöhen. Unser Ziel ist es, dass langfristig alle Kinder die Möglichkeit haben, ein solches Angebot zu nutzen.
- Wir wollen, dass Unterricht und außerunterrichtliche Angebote an allen Schulen des Landes durch verbindliche Konzepte verbunden werden. Für diese Arbeit müssen die Kommunen Ressourcen zur Verfügung stellen.
- Die Entscheidung, ob die Angebote offen oder gebunden sein sollen, muss gemeinsam mit den Schulträgern getroffen werden. Maßgeblich ist der bestehende Bedarf vor Ort.
- Bei Ganztagsangeboten zählt für uns der Grundsatz **Qualität vor Quantität**. Hier liegt in Kooperationen zwischen verschiedenen Schularten noch erhebliches Potential, das wir stärker fördern wollen.

*In einer Zeit, in der die allermeisten Eltern berufstätig sind, muss zudem die **Lücke zwischen den langen Schulferienzeiten und den in aller Regel kürzeren Urlaubsansprüchen der Eltern endlich qualifiziert geschlossen werden.***

- Wir wollen, dass langfristig alle Familien mit Grundschulkindern in den Ferienzeiten auf ein qualifiziertes Betreuungsangebot zurückgreifen können, sofern sie es wünschen.
- Wir wollen, dass die Landesregierung in der kommenden Wahlperiode dafür ein entsprechendes **Ferienbetreuungskonzept für Schleswig-Holstein** erstellt und die Umsetzung beginnt. Dabei sind kommunale und freie Träger der offenen Jugendhilfe einzubinden.

Berufliche Bildung eigenständig weiterentwickeln und flexibel gestalten

Zwei von drei jungen Menschen im Land nutzen auf ihrem Weg ins Arbeitsleben die regionalen Berufsbildungszentren und Beruflichen Schulen. Die Berufsausbildung bestimmt das Lebensglück vieler junger Menschen und sichert mit jungen Fachkräften die Zukunft unserer Unternehmen. Deshalb ist es entscheidend, dass wir die

Strukturen in diesem Bereich effizient und schlagkräftig aufstellen. Sie müssen anpassungsfähig sein und schnell auf die je nach Region und Berufssparte unterschiedlichen Bedarfe reagieren können.

- Die Stärkung der beruflichen Bildung wird **zusätzliche Mittel** brauchen. Wir wollen in der nächsten Wahlperiode die Gelder für diesen Bereich aufstocken.
- Wir wollen die konsequente Bündelung der fachlichen und personellen Ressourcen in einem eigenständigen Landesinstitut. Aufgaben dieses **Schleswig-Holsteinischen Instituts für berufliche Bildung** (SHIBB) sollen die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, die Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen - insbesondere die Begleitung der Umwandlung der BBZ (Berufsbildungszentren) in RBZ (Regionale Berufsbildungszentren) - und die enge Zusammenarbeit mit dem allgemeinbildenden Bereich sein.
- Wir wollen ein **schlüssiges Gesamtkonzept**, das die berufliche Bildung mit dualer Ausbildung und den weiteren Ausbildungsgängen an den beruflichen Schulen ebenso umfasst, wie die Fort- und Weiterbildung und den Übergang Schule-Beruf, um Abschlüsse zu vereinheitlichen und Übergänge zu erleichtern.
- Noch immer sitzen zu viele junge Menschen in den Übergangssystemen fest. Wir wollen deshalb, dass sie in den Umbruchphasen zwischen Schule, Ausbildung und Beruf noch zielgerichteter unterstützt werden. Deshalb wollen wir das Modell der **Jugendberufsagenturen** flächendeckend ausbauen und verstetigen.

Wir wollen Weiterbildung stärken.

Wir wollen die Weiterbildung stärken und sie neben vorschulischer Bildung, Schule, Berufsausbildung und Hochschule als gleichberechtigte Säule des Bildungswesens ausbauen. Damit die Weiterbildung auch wesentlicher Baustein im Kontext des lebenslangen Lernen bleibt, muss die gesetzliche Grundlage stetig weiterentwickelt und an veränderte Anforderungen angepasst werden. Übergeordnetes Ziel des SSW bleibt es, die Weiterbildungsteilnahme zu erhöhen und insbesondere Geringqualifizierten und Bildungsbenachteiligten den Zugang zur Bildung zu ermöglichen. Deshalb wollen wir den Trägern der Weiterbildung mehr Verlässlichkeit bieten.

- Wir wollen eine Dynamisierung der Zuschüsse erreichen und Träger von kostenpflichtigen Anträgen befreien. Außerdem ist es aus Sicht des SSW sinnvoll, hier nicht zuletzt im Rahmen der Evaluierung des Finanzausgleichgesetzes über neue Finanzierungswege nachzudenken.

Hochschulen zukunftsfit aufstellen

Unsere Hochschulen befinden sich heute viel stärker im nationalen und internationalen Wettbewerb. Gleichzeitig haben wir eine zunehmende Zahl an Studierenden. Wir wollen alle Hochschulen im Land weiterentwickeln und fit für diese Herausforderungen machen. Durch unsere Politik der letzten Jahre haben unsere Hochschulen deut-

lich mehr Verlässlichkeit und Planungssicherheit bekommen. Diesen Weg wollen wir gemeinsam mit Studierenden, Lehrenden und Beschäftigten fortsetzen.

- Der SSW bekennt sich zum ererbten Problem der **strukturellen Unterfinanzierung** unserer Hochschulen. Deshalb wollen wir einen weiteren Anstieg der Förderungen und Investitionen im Hochschulbereich auch nach der Periode 2019 bis 2022.
- Wir wollen, dass alle Hochschulen von verbesserten Rahmenbedingungen profitieren. Egal ob Lübeck, Kiel, Heide, Flensburg oder Wedel - die **Hochschullandschaft** in Schleswig-Holstein muss sich ausgewogen entwickeln.
- Wir wollen, dass die universitären Angebote noch besser ineinandergreifen, und dass sich die **Profile unserer Hochschulen** sinnvoll ergänzen. Diese Angebotsvielfalt wollen wir durch eine enge Abstimmung im Dialog mit den Hochschulen sichern.
- Wir wollen, dass die universitären Angebote für die **Minderheiten- und Regionalsprachen** abgesichert und verstetigt werden.
- Wir wollen eine weitere **Internationalisierung** nicht zuletzt durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit Dänemark sowie dem erweiterten Ostseeraum. Dieser Prozess muss finanziell entsprechend unterlegt werden.
- Wir wollen die besonderen **grenzüberschreitenden Studiengänge stärken**, wie sie in Flensburg praktiziert werden. Sie haben sich bewährt, werden von der regionalen Wirtschaft hoch geschätzt und bieten erhebliches Potential.
- Wir wollen das **Konzept der „guten Arbeit“** auch an den Hochschulen umsetzen. Dazu gehören für uns auch erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Fortschritte bei der Entfristung von Arbeitsverträgen.

Medienkompetenz fördern

Der Einsatz von Medien ist in der heutigen Wissensgesellschaft nicht mehr wegzudenken. Der Umgang mit ihnen birgt enorme Chancen, aber auch Gefahren. Damit Kinder und Erwachsene selbstbestimmt mit Medien umgehen können, gilt es die Medienkompetenz zu stärken. Über Generationengrenzen hinweg muss jeder die Chance bekommen, Medienkompetenz zu erwerben oder zu erweitern.

- Wir wollen Einrichtungen wie den **Offenen Kanal Schleswig-Holstein** auch in Zukunft angemessen finanzieren, damit sie Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ihre Angebote zur Förderung der Medienkompetenz machen können.

Politische Bildung als gesamtstaatliche Aufgabe gestalten

Die Kenntnis und die Beherrschung unserer demokratischen Werte und Regeln sind Voraussetzung für unsere freie, pluralistische und tolerante Gesellschaft. Die Demokratie stellt daher besondere Anforderungen an die politische Bildung. Ziel Politischer Bildung ist die vermehrte politische Teilhabe in Meinungs- und Willensbildungsprozessen. Dieses setzt voraus, sich selber eine kritische Meinung bilden zu können sowie Meinungsunterschiede zu respektieren und auszuhalten. Das muss nicht nur theoretisch gelehrt werden. Der Weg zu einem fairen Interessenausgleich und tragfähigen Kompromissen muss auch durch praktische Beispiele persönlich erfahren werden.

- Wir wollen, dass die Werte und Techniken der Demokratie noch stärker als bisher in der Schule vermittelt werden.
- Entsprechende Programme des Landesbeauftragten für Politische Bildung wollen wir verstetigen, um breitere Teile der Bevölkerung zu erreichen.
- Wir wollen, dass in Schleswig-Holstein mit einem „Tag der Landesverfassung“ ein zusätzlicher arbeitsfreier Feiertag eingeführt wird.

Unsere soziale Politik: Füreinander eintreten

Der SSW steht für einen solidarischen Wohlfahrtsstaat nach skandinavischem Vorbild. Die stärkeren Schultern müssen die größten Lasten tragen. Alle Bürgerinnen und Bürger sollten über Steuern zum Sozialwesen beitragen, statt die leistungsstarken Gruppen durch Privatversicherungen davon auszunehmen. Es ist Aufgabe des

Staates, nicht jene zu vergessen, die keine starke Lobby haben und besonderer Hilfe bedürfen.

Trotz der vergleichsweise guten wirtschaftlichen Situation in Deutschland stehen noch viele Menschen am Rand der Gesellschaft. Alleinerziehende, Kinderreiche aber auch Rentnerinnen und Rentner haben nach wie vor ein erhöhtes Armutsrisiko. Auch die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz und die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist weiterhin hoch. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen weiter zu.

Vieles davon wird in Berlin bestimmt. Aber wir wollen die Möglichkeiten des Landes ausschöpfen, zum Beispiel durch wirksame Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe, qualifizierte Bildungsangebote und einen angemessenen Mindestlohn. Und wir wollen die Angebote für jene stärken, die am Rand stehen und Hilfe benötigen.

Das wollen wir bis 2022 erreichen:

Armut eindämmen

Über 50 Prozent der Erwerbslosen und deutlich über 40 Prozent der Alleinerziehenden in Schleswig-Holstein sind von Armut bedroht. Über 20.000 Rentnerinnen und Rentner in Schleswig-Holstein sind auf Grundsicherung angewiesen. Über 60.000 Kinder hier im Land leben in Armut oder müssen es fürchten. Die Einkommen sind durchschnittlich zu gering und die Sozialleistungen orientieren sich an diesem Niedrigniveau.

- Der **Mindestlohn** muss zum Leben reichen. Hier ist vor allem der Bund gefordert. Wir wollen, dass das Land in eigener Zuständigkeit weiter vorangeht und beim **vergabespezifischen Mindestlohn** nachlegt.
- Wir wollen, dass **Leiharbeit und Werkverträge** endlich nur noch in einem sehr engen Rahmen zugelassen werden. Wir wollen eine konsequente gesetzliche Lösung, die Missbrauch vorbeugt und diese Instrumente effektiv eindämmt.
- Wir wollen, dass **450-Euro-Jobs** zumindest dort abgebaut werden, wo sie sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verdrängen, wo die Arbeits- und Lohnbedingungen nicht tragbar sind und wo sie keine berufliche Perspektive bieten.
- Wir wollen einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt – unter anderem für Alleinerziehende – durch bedarfsgerechte **Betreuungsangebote** und **flexiblere Arbeitszeitmodelle**.
- Wir wollen, dass die Arbeit der **Schuldnerberatung** gestärkt wird. Dazu gehört, dass ihre Finanzierung auch in Zukunft gesichert wird. Land und Kommunen müssen eine auskömmliche Förderung gewährleisten.
- Wir wollen eine sozial gerechtere Ausgestaltung der gesetzlichen **Rentenversicherung** als tragende Säule der Altersvorsorge, um die Altersarmut einzu-

dämmen. Unser langfristiges Ziel ist ein solidarisches umlagefinanziertes Versicherungssystem.

Soziale Hilfen stärken

Ab 2012 konnten wir die schwarz-gelben Kürzungen im Sozialbereich zurücknehmen. Eine niedrighschwellige soziale Infrastruktur und passgenaue öffentliche Hilfen sind uns besonders wichtig, weil die Schwächsten und am meisten Hilfsbedürftigen niemals aus dem Blick geraten dürfen.

- Wir wollen, dass Angebote der **präventiven Sozialen Arbeit** stärker gefördert werden.
- Wir wollen, dass **Selbsthilfegruppen** besser finanziell unterstützt werden. Auch Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler brauchen professionelle Unterstützung (Begleitung, Beratung bis hin zu Supervision), um gute Arbeit leisten zu können. Die Landesförderung muss entsprechend aufgestockt werden.
- Wir wollen ein **Landeswohlfahrtsgesetz**, das seinen Namen verdient und den Wohlfahrtsverbänden die nötige finanzielle Planungssicherheit gibt.
- Wir wollen, dass **Hilfen für Gruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf** - wie etwa Drogenabhängige, Wohnungslose oder psychisch Kranke - bedarfsgerecht ausgebaut werden. Steigender Bedarf im Bereich Mediensucht muss auch berücksichtigt werden.
- Wir wollen die unverzichtbare professionelle Struktur von **Frauenhäusern** sowie **Frauen- und Mädchenberatungsstellen** erhalten. Dafür ist eine finanzielle Förderung des Landes unentbehrlich. Wir wollen eine bedarfsgerechte Hilfs- und Beratungsstruktur auch für Männer weiter ausbauen.
- Wir wollen den Ausbau der **Familienzentren** durch eine unverändert hohe Fördersumme des Landes unterstützen.
- Wir wollen die **Familienbildungsstätten** im Land stärker fördern.
- Wir wollen, dass die **Vielzahl familienpolitischer Leistungen** auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft und gegebenenfalls gebündelt werden. Außerdem müssen diese Leistungen von den Familien deutlich einfacher beantragt werden können.
- Wir wollen, dass das Land geringverdienenden und kinderreichen Familien weiter einen **Zuschuss für Familienferien** zahlt und den Ansatz hierfür stetig erhöht.

Gute Arbeit unterstützen

Der SSW setzt sich für gut bezahlte und sichere Arbeit ein. Wir wollen Maßnahmen unterstützen, die die Arbeitsbelastung begrenzen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker fördern. Auch die Möglichkeiten für Aufstieg und Weiterentwicklung wollen wir verbessern. Das Konzept der „Guten Arbeit“ weist den Weg.

- Wir wollen, dass die Bestimmungen des Tariftreuegesetzes in Zukunft auch von den Kommunen verbindlich einzuhalten sind und das Gesetz entsprechend angepasst wird.
- Wir wollen, dass die **Wirtschaftsförderung** künftig auch den Aspekt der „Guten Arbeit“ berücksichtigt.
- Wir wollen, dass das Land zukünftig **auch Fortbildungen** für die Menschen fördert, deren Arbeitsplätze durch die fortschreitende Digitalisierung der Wirtschaft wegfallen könnten.

Arbeitslose umfassend und individuell fördern

Die derzeit vergleichsweise geringe Zahl der Erwerbslosen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Menschen Unterstützung bei der Arbeitssuche brauchen. Auch und gerade für Langzeitarbeitslose muss diese Unterstützung möglichst intensiv und individuell auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sein. Dazu muss die Auswahl an Fördermöglichkeiten und die Vielfalt an Instrumenten wieder erhöht werden, um Erwerbslose passgenauer unterstützen zu können.

- Wir wollen, dass Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit ihren Schwerpunkt noch stärker auf die **aktive Arbeitsmarktpolitik** legen. Menschen ohne Arbeit sollen nicht bloß verwaltet, sondern individuell beraten und unterstützt werden. Dafür muss sich die Landesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Kooperationen einsetzen.
- Wir wollen, dass **Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen** passgenauer auf die Bedürfnisse von gering qualifizierten Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmern zugeschnitten und lokale Besonderheiten berücksichtigt werden. Das schleswig-holsteinische **Landesprogramm Arbeit** muss fortlaufend auf diese Zielsetzung hin evaluiert werden.
- Wir wollen frühzeitig sicherstellen, dass sich ein vergleichbares **ESF (Europäische Sozialfonds)-Programm ab 2020** anschließt.
- Wir wollen das Beratungsnetzwerk „**Frau und Beruf**“ langfristig absichern.
- Wir wollen das System der **Produktionsschulen** und der **regionalen Ausbildungsbetreuer** verstetigen. Dazu gehört eine Stärkung der Jugendberufsagenturen.

Politik für und mit Menschen mit Behinderung machen

Menschen mit Behinderung sind nicht behindert; sie werden behindert. Alle Menschen haben die gleichen Rechte. Von einer Gesellschaft, in der jeder Mensch mit seinen individuellen Stärken und Schwächen selbstverständliches Mitglied ist, sind wir aber noch weit entfernt. Alle staatlichen Ebenen müssen sich klar zu diesen Zie-

len der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung bekennen und in allen Lebensbereichen ihren Verpflichtungen nachkommen.

- UN-Konvention und Bundesteilhabegesetzes führen auch auf Landesebene zu veränderten Rahmenbedingungen und erweiterten Aufgaben. Deshalb wollen wir eine **Novelle des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes** auf den Weg bringen. Unter anderem wollen wir die Aufgaben des Beauftragten für Menschen mit Behinderung um die Bereiche Monitoring und Partizipation erweitern.
- Wir wollen die effektive Umsetzung des **Landesaktionsplans zur UN-Konvention** über die Rechte von Menschen mit Behinderung und werden die entsprechenden Haushaltsmittel weiter aufstocken. Die über 200 Einzelmaßnahmen müssen auf ihren konkreten Nutzen hin bewertet und so formuliert werden, dass die Zielerreichung überprüft werden kann. An der Umsetzung und Evaluation sollen die Menschen mit Behinderung selbst umfassend beteiligt werden.
- Der SSW steht zum vereinbarten **Prüfrecht des Landesrechnungshofs bei der Eingliederungshilfe**. Wir werden darauf achten, dass dabei nicht die reine Kostenersparnis, sondern eine effektive Nutzung der Mittel im Sinne der bestmöglichen Qualität im Vordergrund steht.
- Die Stadt- und Raumplanung muss die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung stärker berücksichtigen. Wir wollen, dass nicht nur bei öffentlichen Gebäuden sondern auch bei der **Wohnraumförderung** barrierefreie und altersgerechte Wohnungen, Gruppenwohnprojekte, nachbarschaftliches und generationenübergreifendes Wohnen sowie betreutes Wohnen eine sehr hohe Priorität haben.
- Wir wollen durch einen **Sonderfonds zur Förderung barrierefreien Wohnens** stärkere Anreize für den behindertengerechten Umbau von privatem Wohnraum setzen.
- Wir wollen, dass das **Land als Arbeitgeber** mit gutem Beispiel vorangeht und nicht nur mehr Menschen mit schweren Behinderungen einstellt, sondern ihnen auch flexiblere Rahmenbedingungen bietet. Dazu gehören verschiedene Arbeitszeitmodelle (Teilzeit, Sabbatical etc.), besonderer Kündigungsschutz insbesondere für Menschen mit schweren Behinderungen, ein betriebliches Eingliederungsmanagement und begleitende Hilfe im Arbeitsleben.
- Wir wollen durch ein **Beteiligungsförderungsgesetz** sicherstellen, dass Menschen mit Behinderung und ihre Vertretungen an allen Entscheidungen beteiligt werden, die sie betreffen.

Pflege und Krankenversorgung zukunftsfest machen

Trotz der finanziellen Probleme des Gesundheitssektors darf nicht an der Qualität der Patientenversorgung gespart werden. In einem Flächenland wie Schleswig-

Holstein ist wohnortnahe medizinische Hilfe besonders wichtig. Dafür müssen weitere konkrete Anreize gesetzt werden. Dazu gehört die Krankenhaussanierung ebenso wie bessere Arbeitsbedingungen für Gesundheits- und Pflegeberufe. Wir konnten seit 2012 bereits die Kostenfreiheit der Alten- und Pflegeausbildung durchsetzen. Jetzt muss das Arbeiten in dem Beruf attraktiver werden.

- Wir wollen trotz der vielerorts rückläufigen Bevölkerungszahlen eine qualitativ hochwertige, **wohnortnahe Versorgung** sicherstellen - durch medizinische Versorgungszentren, erweiterte Kompetenzen für professionelle Pflegekräfte und den verstärkten Einsatz innovativer Techniken, wie etwa der Telemedizin.
- Wir wollen eine **bedarfsgerechte medizinische Versorgung auf dem Land** sichern - durch stärkere Anreize für die Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum, den Ausbau der integrativen Versorgung und die Schaffung durchlässiger Versorgungsstrukturen zwischen ambulantem und stationärem Sektor.
- Wir wollen die Umsetzung der „**Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen**“ fördern, damit sich die Hospiz- und Palliativ-Versorgung in Schleswig-Holstein weiter verbessert. Zum Ausbau der palliativen- und hospizlichen Versorgungsstrukturen gehört auch der Aufbau einer Hospizkultur in den Alten- und Pflegeheimen Schleswig-Holsteins.
- Wir wollen, dass die derzeit geltenden **Personalrichtwerte** von 1996 durch ein landesweites Verfahren zur Ermittlung des tatsächlichen Pflegepersonal-Bedarfs ersetzt werden. Die Personalbemessung darf nicht allein Teil der Pflegesatz-Verhandlungen zwischen Altenheim-Betreibern und Pflegekassen sein, sondern muss sich an den tatsächlichen Bedarfen von Menschen in Pflegeeinrichtungen bemessen. So kann durch einen **höheren Personalschlüssel** und eine Fachkraftquote von 50 % wieder eine qualitativ gute Pflege ermöglicht werden
- Wir wollen, dass die Auszubildenden in der Pflege eine **angemessene Ausbildungsvergütung** für ihre Arbeit bekommen.
- Wir wollen die gegenseitige **Anerkennung der Pflegeausbildungen** zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark.
- Wir wollen weiterhin dafür kämpfen, dass **schleswig-holsteinische Krankenhäuser** für eine medizinische Leistung dasselbe bekommen wie Kliniken in anderen Bundesländern.
- Wir wollen die Kommunen auch in Zukunft weiter tatkräftig bei der Kliniksanierung und bei Neubauten unterstützen. Deshalb setzen wir uns für eine weitere Aufstockung der **Investitionsmittel für Krankenhäuser** ein.
- Wir setzen uns auch für einen **verbesserten Personalschlüssel in Krankenhäusern** ein, damit Pflegefachkräfte endlich bessere Arbeitsbedingungen bekommen.

- Wir wollen die Rahmenbedingungen für den **Hebammenberuf** verbessern. Wir machen uns deshalb auf Bundesebene für eine bezahlbare Lösung der Haftpflichtversicherung für diese Berufsgruppe stark.
- Der SSW hat dafür gesorgt, dass Schleswig-Holstein 2015 endlich einen **Demenzplan** bekommen hat. Wir wollen, dass die darin aufgeführten Maßnahmen jetzt finanziert werden. Die Erforschung der Krankheit, die Vorbeugung und die Entlastung von Angehörigen sollen im Vordergrund stehen.
- Wir wollen, dass das Land **präventive Maßnahmen gegen Diabetes** deutlich ausbaut, denn die zunehmende Zahl von Zuckerkranken stellt Bund und Länder vor große Herausforderungen.
- Wir wollen, dass nicht nur die jetzt Sozialversicherungspflichtigen in unser Gesundheitssystem einzahlen, sondern alle Menschen in Deutschland an einer gerechten, **solidarischen Finanzierung** mitwirken. Wir wollen die Bürgerversicherung.
- Wir setzen uns für die Einführung eines gesetzlich abgesicherten **allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrages Soziales**, der sich an den Entgelten des öffentlichen Dienstes orientiert, ein

Realistische Drogenpolitik

Wir brauchen einen Kurswechsel in der Drogenpolitik. Verbote und Strafen haben dem Drogenkonsum keinen Einhalt bieten können.

- Wir wollen Angebote der **Drogenprävention** stärker fördern
- Wir wollen, dass Konsumentinnen und Konsumenten die ein **Drogenproblem** haben, jederzeit niedrigschwellige Hilfe in Anspruch nehmen können.
- Wir wollen die **Entkriminalisierung** der Konsumentinnen und Konsumenten.
- Wir wollen, dass Schleswig-Holstein sich dafür einsetzt, dass der Erwerb und **Besitz von Cannabis zum eigenen Konsum** langfristig nicht mehr strafbar ist.

Kinder und Jugendliche unterstützen

Das oberste Ziel ist und bleibt, Kinder und Jugendliche vor Benachteiligung und Ausgrenzung zu schützen sowie sicherzustellen, dass sie gesund und gewaltfrei aufwachsen. Alle wichtigen Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche betreffen, müssen gemeinsam mit ihnen und nicht über ihre Köpfe hinweg getroffen werden.

- Wir wollen den **Kinder- und Jugendaktionsplan** für Schleswig-Holstein weiter entwickeln. Künftig sollen Medienkompetenz, demokratische Mitsprache,

interkulturelle Kompetenz und Antidiskriminierung noch stärker im Mittelpunkt der Jugendpolitik stehen.

- Wir wollen die demokratischen **Mitbestimmungsrechte** der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alltag stärken - in Schulen, Freizeiteinrichtungen und Hochschulen.
- Wir wollen, dass **Kinder in Heimen** und anderen Angeboten der Jugendhilfe kindgerechtere Rahmenbedingungen und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten bekommen.
- Wir wollen, dass die Kommunen sich noch stärker um einen engen, kontinuierlichen **Dialog mit den Kindern und Jugendlichen** bemühen und sie an politischen Entscheidungen beteiligen. Die entsprechenden Regelungen in der Kommunalverfassung, die immer wieder politisch in Frage gestellt werden, müssen beibehalten werden.
- Wir wollen, dass die **Jugendfreiwilligendienste** und der Bundesfreiwilligendienst für junge Menschen attraktiver werden. Wir wollen, dass die Hochschulen endlich ein einheitliches Verfahren finden, um diese wertvolle Arbeit bei Aufnahmen zu berücksichtigen. Im Bund muss das Land für eine angemessene Besoldung kämpfen.
- Wir wollen die **offene Jugendarbeit** auskömmlich und nachhaltig finanzieren.

Sport fördern

Der Sport ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Der Leistungssport hat Vorbildfunktion, insbesondere für Jugendliche. Der Breitensport wirkt integrativ und fördert die Gesundheit sowohl körperlich als auch seelisch. Deshalb muss der Sport in Schule und Freizeit eine noch größere Rolle spielen.

- Wir wollen stärkere Anreize dafür schaffen, dass viel mehr Kommunen Sportstättenentwicklungskonzepte erstellen lassen, um den Breitensport zu unterstützen und an den tatsächlichen Bedarfen auszurichten.
- Wir wollen, dass auf den Erfolgen seit 2012 zukünftig aufgebaut wird. Es müssen insbesondere **Sportstätten gefördert und Sportvereine und -verbände sowie kommunale Schwimmbäder unterstützt** werden.
- Wir wollen, dass bei der Einrichtung von **Ganztagsschulangeboten** Sportangebote stärker mit integriert werden.

Wohnraum schaffen

Es muss mehr öffentlicher sozialer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden, zum Beispiel durch die Förderung von Genossenschaftsmodellen. Mit dem seit 2015 laufenden Programm für die soziale Wohnraumförderung 2015-2018 und dem 2015 beschlossenen Programm für Erleichtertes Bauen stellt die Landesregierung insgesamt über 700 Millionen Euro für die Schaffung bezahlbarer Wohnungen zur

Verfügung. Außerdem haben wir durch Zuschussmodelle dafür gesorgt, dass der Bau von Sozialwohnungen auch bei niedrigen Zinsen auf dem Kapitalmarkt attraktiv ist. Diese Anstrengungen müssen auf hohem Niveau fortgesetzt und ausgebaut werden, denn schon jetzt ist klar, dass Schleswig-Holsteins Bevölkerung eher wächst als schrumpft und daher mehr neue Wohnungen dringend benötigt werden.

- Wir wollen, dass das **Programm für die soziale Wohnraumförderung nach 2018** an ein Nachfolgeprogramm anknüpfen kann, damit am Wohnungsmarkt eine deutliche Entspannung spürbar wird. Auch im Rahmen eines Hilfspakets für Wohnungslose ist dieser Punkt wichtig. Es fehlt häufig an kleinen, bezahlbaren Wohnungen und an kostengünstigen Wohnungen auf den Inseln und in Inselnähe.
- Wir wollen fördern, dass im Land **jährlich 5.000 bezahlbare Wohnungen** gebaut werden, um den hohen Druck auf den Wohnungsmarkt zu lindern. **Genossenschaften** und andere Formen der gemeinschaftlichen Schaffung von Wohnraum durch Private und Kommunen spielen dabei eine herausragende Rolle. Sollte es notwendig sein, die Attraktivität des Sozialwohnungsbaus zu steigern, müssen auch **weitere Anreize** wie Zuschüsse oder vergünstigter Baugrund gesetzt werden.
- Wir wollen durch **Bereitstellung von Fördermitteln neue Wohnheime und bezahlbaren Wohnraum** für Studierende und Auszubildende schaffen, um den Druck vom kostengünstigen Segment im lokalen Wohnungsmarkt zu nehmen.

Unsere Integrationspolitik: Zusammenleben fördern - Ausgrenzung bekämpfen

Der große Zustrom von Flüchtlingen vor allem aus Syrien in 2015 hat das Thema Integration noch einmal ganz oben auf der Tagesordnung angesiedelt. Aber eigentlich ist das Thema nicht neu. Seitdem die ersten „Gastarbeiterinnen“ und „Gastarbeiter“ aus Spanien, Italien, Griechenland oder der Türkei nach Deutschland gekommen sind, ist die Frage aktuell, wie wir gut zusammenleben können.

Wir sind ein Einwanderungsland und deshalb kann es nur darum gehen, wie wir alle gut zusammen leben und zur Gemeinschaft beitragen können. Auf diese Fragen und viele konkrete Hindernisse müssen wir in den kommenden Jahren endlich funktionierende Antworten finden.

Das wollen wir bis 2022 erreichen:

Einwandererinnen und Einwanderer integrieren

In den letzten Jahrzehnten sind Menschen zu uns eingewandert, die heute noch in vielerlei Hinsicht ausgegrenzt und benachteiligt sind. Wir müssen Ihnen endlich die Barrieren überwinden und dafür sorgen, dass diese Menschen auch ihren Platz auf dem Arbeitsmarkt finden. Bund und Länder müssen zusammenarbeiten, um flächendeckend Zugang zu Beschäftigung und Bildung zu ermöglichen. Die Integration ist eine politische Kernaufgabe der kommenden Jahrzehnte und kann nur gelingen, wenn Integrationsangebote gemacht und diese auch wahrgenommen werden.

- Wir wollen deshalb ein **offizielles Landesintegrationsministerium**, in dem die Kompetenzen und Ressourcen, die sich mit dieser Aufgabe befassen, gebündelt werden.
- Wir wollen, dass die **Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen** forciert wird.
- Wir wollen uns für eine möglichst **unbürokratische Arbeitsvermittlung** einsetzen. Vor allem in den Mangelbereichen im Bereich der Pflege, im Gesundheits- und im Bildungswesen, muss es zu einer deutlichen Erleichterung der Arbeitsaufnahmen kommen.
- Wir wollen einen freien Zugang zu **Bildungsangeboten** sicherstellen.
- Wir wollen den bedarfsgerechten Ausbau und die kontinuierliche Förderung des **DaZ (Deutsch-als-Zweitsprache)-Unterrichts** und der entsprechenden DaZ-Strukturen.
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Kommunen die **aktive Integrationspolitik** weiterentwickeln, indem sie die entsprechende Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachhaltig vorantreiben.
- Um die Integration von Migrantinnen und Migranten zu verbessern, muss auch die Möglichkeit der politischen Mitgestaltung gegeben sein. Wir wollen, dass vor Ort feste **kommunale Migrationsbeiräte** eingerichtet werden.

Flüchtlingen helfen

Der SSW kämpft dafür, dass das Asylrecht nicht ausgehöhlt wird.

- Wir wollen ein **humanitäres Bleiberecht** mit gesetzlichen Regelungen und realistischen Anforderungen für eingewanderte und geflüchtete Menschen. Stichtagsunabhängigkeit, Ansprüche an die Lebensunterhaltssicherung, Ausübung einer Erwerbstätigkeit, verlässliche Perspektiven für die Kinder und eine rechtmäßige Aufenthaltserlaubnis gehören dazu.
- Wir wollen, dass ein Anspruch auf **Schulbegleitung** auch für geflüchtete Kinder in vollem Umfang gilt.
- Wir wollen, dass ein Anspruch auf **niedrigschwellige** Hilfen besteht: Migrationssozialberatung, Hilfe durch Traumapädagogen sowie psychologische Hilfen für Erwachsene, Kinder- und Jugendliche. Junge Menschen die Jugendhilfemaßnahmen bekommen, müssen auch über das Alter von 18 hinaus an diesen Angeboten teilnehmen können.
- Zur gelingenden Integration der Flüchtlinge gehört ein schneller Erwerb der deutschen Sprache. Deshalb wollen wir die Anzahl der **Deutsch-Kurse für Flüchtlinge** erhöhen.
- Wir wollen den freien Zugang zu umfassenden Gesundheitsleistungen herstellen. Die **Gesundheitskarte** soll in diesem Fall als Türöffner dienen.
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass der **Bund** die Flüchtlingsarbeit von Land und Kommunen auskömmlich finanziert.

Kulturellen Dialog führen

Gerade weil wir es mit ganz unterschiedlichen Gruppen von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein zu tun haben, wollen wir eine Kulturinitiative starten, um den interkulturellen Dialog zu fördern. Sie soll bei Kultureinrichtungen das Bewusstsein dafür schärfen, sich für andere Kulturen zu öffnen, und bei Migrantinnen und Migranten dafür werben, sich an Kulturangeboten zu beteiligen.

- Wir wollen eine **Kulturinitiative** für den kulturellen Austausch mit unseren zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürgern starten.
- Wir wollen einen **Runden Tisch Interkultur** einrichten, bei dem mehrmals im Jahr Kulturvereine von Migrantinnen und Migranten und ausgewählte Kultureinrichtungen zusammenkommen, um sich gemeinsame Initiativen zu überlegen.

Islamkonferenz einrichten

Durch eingewanderte und geflüchtete Menschen ist der Islam schon seit Jahrzehnten Realität in Schleswig-Holstein. Im Sinne eines gedeihlichen Zusammenlebens gilt es, die verschiedenen Glaubenswelten des Islam zu respektieren, soweit sie mit der

Rechtsordnung unseres Landes im Einklang stehen. Unser übergeordnetes Ziel muss sein, Integration und Dialog zu ermöglichen. Die Zusammenarbeit mit dem Islam muss ein Anliegen des ganzen Landes sein.

- Wir wollen, dass Schleswig-Holstein eine **Islamkonferenz** auf Landesebene einführt. Ihre Aufgabe soll es sein, die Stellung des Islam in Schleswig-Holstein zu klären und konkrete Fragestellungen zu definieren, die in Erlassen oder im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren umzusetzen sind. Themen ergeben sich aus den Bedürfnissen unserer muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, ihren Verbänden und Vereinen und den Anforderungen von Staat und Gesellschaft.

Unsere Wirtschaftspolitik: Starke Unternehmen für starke Regionen

Der SSW ist Partei zweier Minderheiten, die fest im Norden des Landes beheimatet sind. Deshalb wissen wir sehr gut, wie wichtig es ist, dass die Unternehmen in unserem Land florieren und Menschen hier Arbeit finden. Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die die Regionalentwicklung in allen Regionen des Landes im Blick behält und die verschiedenen Rezepte für verschiedene Regionen sucht.

Der Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein bietet durch seine besondere Lage, die geografische Nähe zur Metropole Hamburg oder die Verbindung in den Ostsee- und Nordseeraum hervorragende Möglichkeiten für die Wirtschaft. Der Standort Schleswig-Holstein ist Dreh- und Angelpunkt für wirtschaftliche Verbindungen in alle Himmelsrichtungen. Dabei spielen auch die Minderheiten eine nicht unbedeutende Rolle. Diesen Standortvorteil müssen wir voll ausschöpfen.

Die Schleswig-Holsteinische Wirtschaft ist geprägt von ihren kleinen und mittleren Unternehmen. Darin liegt eine Stärke, denn diese Unternehmen sind besonders flexibel, innovativ, spezialisiert und international durchaus erfolgreich. Auf diese Stärken setzen wir. In den erneuerbaren Energien, der maritimen Wirtschaft, der modernen Medizintechnik und in der Gesundheitswirtschaft, der Ernährungswirtschaft oder im Tourismus liegen die Stärken des Landes. Wir setzen darauf, Unternehmen auch in diesen Bereichen weiter zu stärken.

Das wollen wir bis 2022 erreichen:

Unternehmen stärken

Die mittelständischen Unternehmen sind das Rückgrat unserer erfolgreichen Wirtschaft. Die Industriebetriebe im Land, mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen schaffen Wachstum und sichern Arbeitsplätze im Land. Wir wollen Produktion und Beschäftigung im Land sichern und ausbauen. Wir sehen Chancengleichheit und Teilhabe aller Menschen als Standortvorteil.

- Wir wollen die wirtschafts- und strukturpolitischen Rahmenbedingungen so ausgestalten, dass die kleineren und mittleren Unternehmen im Land **faire Wettbewerbsbedingungen** erhalten.
- Wir wollen innovative Unternehmen weiterhin durch eine **gezielte Förderung des einzelnen Betriebs** stützen und stärken können.
- Wir wollen, dass das Land gemeinsam mit Verbänden und Unternehmen darauf setzt, **internationale Qualitätsmerkmale** zu schaffen und den Export dadurch zu verstärken.
- Wir wollen das **Bündnis für Industrie SH** gemeinsam mit allen Akteuren aus Unternehmen, Kammern, Hochschulen, Verbänden und Gewerkschaften verstetigen und seine Schwerpunkte weiter entwickeln.
- Wir wollen unsere Unternehmen bei der **Digitalisierung der Wirtschaft** („Industrie 4.0“) begleiten und unterstützen. Dazu gehört auch die Mitnahme und

Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

- Wir wollen eine gemeinsame und nachhaltige **norddeutsche Industriepolitik**.
- Wir wollen die **wirtschaftliche Zusammenarbeit** und die industriepolitische Ausrichtung mit Dänemark und anderen nordischen Ländern ausbauen.
- Wir wollen den **Wissenstransfer** zwischen Forschung und Technologieentwicklung auf der einen und der mittelständischen Wirtschaft auf der anderen Seite fördern, um den Unternehmen die Produkt- und Technologieentwicklung zu erleichtern.
- Hochschulen und Forschungseinrichtungen vor Ort sind für Unternehmen ein entscheidender Standortfaktor. Wir wollen die **Universitäten und Fachhochschulen** in Flensburg, Heide und Lübeck ebenso wie die Einrichtungen in der Landeshauptstadt weiter stärken, weil sie für die Zukunft der Unternehmen Schleswig-Holsteins von so entscheidender Bedeutung sind.

Für faire Freihandelsabkommen - CETA ablehnen

*Als wohlhabende Gesellschaft liegt es in unserer Verantwortung, dafür zu sorgen, dass es überall in der Welt sozial gerechten Fortschritt gibt. Ziel ist es, dass Freihandelsabkommen soziale und ethische Standards einhalten müssen. Freihandelsabkommen, die keine oder nicht ausreichende ethische und umweltbezogene Standards aufweisen, lehnen wir ab. Deshalb hat sich der SSW klar **gegen** das geplante Freihandelsabkommen mit den USA –**TTIP- ausgesprochen**.*

*Das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) ist durch den öffentlichen Druck der Bürgerinnen und Bürger sowie der Nichtregierungsorganisationen, inhaltlich verbessert worden. Die aktuell vorliegende Fassung des Abkommens mit den 39 beschlossenen Zusatz- bzw. Auslegungserklärungen ändern aber nichts daran, dass z.B. bei der öffentlichen Auftragsvergabe, im Arbeitnehmerbereich und bei dem in Europa geltenden Vorsorgeprinzip des Verbraucherschutzes **viele kritische** Punkte nach wie vor **unberücksichtigt** geblieben sind. Wir fordern im Einklang mit den Gewerkschaften: Die **öffentliche Daseinsvorsorge muss komplett** aus dem Abkommen heraus genommen werden!*

- *Wenn dies alles nicht geschieht (und alles deutet darauf hin) erfüllt CETA unsere Anforderungen an ein faires Handelsabkommen **nicht**.*

Den Tourismus stärken

Der Tourismus ist eines der stärksten wirtschaftlichen Standbeine unseres Landes. Die Anzahl der Übernachtungen ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Aber wenn wir diese Zahlen halten und steigern wollen, dann müssen wir etwas dafür tun. Seit 2012 haben wir mit der landesweiten Vermarktung unter einer einheitlichen Dach-

marke oder die Stärkung der Tourismusagentur SH (TASH) die Grundlage für eine moderne Marketingstrategie gelegt. Wir wollen unsere Wettbewerbsposition weiter verbessern.

- Wir wollen zur Umsetzung der Ziele der Tourismusstrategie das **Sonderförderprogramm Tourismus** verstetigen. Damit können wir die touristische Infrastruktur, einzelbetriebliche Vorhaben, nicht-investive Vorhaben und den Tourismus im ländlichen Raum stärken sowie die Fachkräfte sichern.
- Wir wollen die erfolgreiche Verbreitung der **Dachmarke „Der echte Norden“** auf allen Ebenen konsequent fortführen.
- Wir wollen die **Sprachenvielfalt** und die **Vielfalt der Kulturen** des Landes als Alleinstellungsmerkmal unseres Landes sichtbar machen.
- Wir wollen die **Erreichbarkeit der touristischen Destinationen** im Inland im Individualverkehr und mit öffentlichen Verkehrsmitteln weiter verbessern.
- Wir wollen im touristischen Angebot die einzigartige Lebensqualität sowohl für Urlauberinnen und Urlauber als auch für Einheimische hervorheben.
- Wir wollen nachhaltigen Tourismus fördern und die über Landesgrenzen hinausgehende Vernetzung unterstützen.
- Wir wollen den Stellenwert sowohl der Kultur- (Weltkulturerbe Hansestadt Lübeck) als auch der Natur-Welt-Erbestätten (**Weltnaturerbe Wattenmeer**) festigen, um sie als außergewöhnliche touristische Regionen weiter zu entwickeln. Bestehenden Modellregionen (z.B. Biosphäre Halligen) sollen nachhaltige Entwicklungen durch grenzüberschreitende Kooperationen ermöglichen.
- Wir wollen, dass der **Zuschuss der Tourismusagentur Schleswig-Holstein (TASH)** für Marketing, Imagewerbung, Neukundengewinnung und Auslandsmarketing deutlich erhöht wird.

Landwirtschaft & Fischerei stützen

Schleswig-Holstein ist von der Landwirtschaft geprägt. Sie bildet im ländlichen Raum das wirtschaftliche Rückgrat und schafft in vielerlei Hinsicht die Lebensgrundlagen. Die Situation in der Landwirtschaft ist aber derzeit angespannt wie kaum zuvor. Die Marktorientierung der EU-Landwirtschaftspolitik wird Umbrüche innerhalb der bestehenden Landwirtschaft nach sich ziehen, zu denen sich Verbraucher wie Politik verhalten müssen. Aber auch die Ernährungsindustrie und der Einzelhandel sind in der Pflicht, hier Lösungen zu finden. Das Motto „wachse oder weiche“ muss endlich ausgedient haben. Gemeinsam mit der Landwirtschaft müssen Perspektiven und Wege gefunden werden, die eben nicht auf Quantität, sondern verstärkt auf Qualität setzen. Die nachhaltige und schonende Produktionsweise des Öko-Landbaus wirkt sich positiv auf Natur und Umwelt aus. Der Bio-Markt ist ein wachsender Wirtschaftszweig und gerade die regionalen Rohstoffe und Produkte sind nachgefragt.

- Wir wollen die **Sicherung sowohl der konventionellen als auch der ökologischen Landwirtschaft**, denn beide Landwirtschaftsformen haben ihre Berechtigung.
- Wir wollen, dass die **regionale Lebensmittelherstellung Vorrang** haben, um die bestehenden kleinen und mittleren Bauernhöfe zu erhalten. Wir brauchen insbesondere mehr Investitionen in ökologisch geführte Betriebe.
- Wir wollen eine artgerechte **Tierhaltung, die dem Tierwohl dient und die** in allen Produktionsformen Priorität haben muss. Massentierhaltung und Agrarfabriken lehnen wir ab.
- Wir wollen **Vermarktungsstrategien** fördern, die auf **Regionalität** setzen und ein Alleinstellungsmerkmal haben, um so auch den überregionalen Markt bedienen zu können.
- Wir wollen, dass die **Veredelung der Produkte vor Ort** geschieht. Das schafft Wertschöpfung in der jeweiligen Region und Vertrauen bei den Verbrauchern.
- Wir wollen, dass Landwirte durch **Vertragsnaturschutz und landschaftspflegerische Maßnahmen** die Möglichkeit bekommen, ihr Leistungs- und Einkommensspektrum zu erweitern.
- Wir wollen eine eindeutige **Produktdeklaration in Bezug auf Gentechnik**, damit unsere „sauberen“ landwirtschaftlichen Produkte ihren Marktvorteil nutzen können. Eine Erhöhung der Grenzwerte lehnen wir ab.
- Wir wollen, dass die verbindliche Nährwert-Kennzeichnung von Lebensmitteln mit dem Ampelsystem oder Verbraucherinformation und Lebensmittelsicherheit mit dem dänischen Smiley-System eingeführt werden.
- Wir wollen die **handwerklichen Fischer** im Land unterstützen. Sie betreiben eine nachhaltige Fischerei und sind für Schleswig-Holstein auch aus kulturhistorischer und touristischer Sicht wertvoll.
- Wir wollen die regionalen Fischereiunternehmen bei ihren **Investitionen in Kutter** fördern, damit sie der internationalen Konkurrenz standhalten können.
- Wir wollen, dass deren **Hafenstandorte ausgebaut** werden. Häfen wie Husum oder Büsum müssen auch deshalb saniert und auf die neuesten Anforderungen hin eingerichtet werden.
- Wir wollen **Projekte der Fischereiverbände** zum Erhalt von Fischarten weiter unterstützen. Das „Aalutsetzen in de Schlie“ der Schleifischer ist eine Initiative mit Vorbildcharakter.
- Wir wollen, dass die **Kormoranproblematik** ernst genommen wird und konstruktive Lösungsvorschläge erarbeitet werden, um Fischbestände zu schützen.

Unsere Infrastrukturpolitik: Beständige Sanierung und gezielter Ausbau

Die Infrastruktur in Schleswig-Holstein hat seit 2012 endlich die volle Aufmerksamkeit der Politik bekommen, nachdem jahrzehntelang immer neu gebaut, aber der Erhalt und die Sanierung der bestehenden Infrastruktur sträflich vernachlässigt wurde. Das

gilt für Straßen ebenso wie für Schulen, Hochschulen oder andere öffentliche Gebäude.

Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass die Menschen zur Arbeit kommen, sich versorgen und soziale Kontakte pflegen können. Sie ist unerlässlich, wenn es darum geht, Unternehmen und Betriebe mit ihren Arbeitsmitteln zu beliefern und deren Produkte zu den Märkten zu bringen. Und sie ist auch die Lebensader für den Tourismus im Land.

Infrastruktur ist auch die Basis, wenn wir unser Land ins digitale Zeitalter führen wollen. Das Internet bietet ganz neue Möglichkeiten, von jedem Ort der Welt zu arbeiten. Aber Voraussetzung dafür ist, dass an diesem Ort auch eine vernünftige Anbindung an die digitale Welt vorhanden ist. Deshalb soll die Digitalisierung in den kommenden Jahren auch im Zentrum der Landespolitik stehen.

Das wollen wir bis 2022 erreichen:

Öffentlichen Verkehr ausbauen

Der Öffentliche Personennahverkehr mit Bussen u.ä. (ÖPNV) und der Schienen-Personennahverkehr (SPNV) sind Teil der Daseinsvorsorge. Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen im Land, denn sie ermöglicht die Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben, an Kommunikation, an Bildung sowie am Arbeitsleben. Und damit schafft Mobilität für viele Menschen die Voraussetzung für ihre Existenzsicherung. Der ÖPNV muss deshalb auch in Zukunft für alle bezahlbar sein und ein dichtes Netz über das Land geknüpft werden.

- Wir wollen die Attraktivität des ÖPNV und SPNV durch **Qualitätsverbesserungen** steigern. Dazu gehören Verbesserung der Pünktlichkeit, bessere Fahrgastinformationen, eine gute Vernetzung von ÖPNV und SPNV, mehr Komfort, eine Ausweitung des Netzes sowie WLAN-Verbindungen. Hierfür benötigen die Träger des ÖPNV mehr dauerhafte Mittel.
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass **Berufspendler, Studierende oder Menschen in besonderen Lebenslagen** künftig stärker berücksichtigt werden.
- Wir wollen - ergänzend zu den bisherigen Mobilitätskonzepten im ländlichen Raum - **Alternativen zum ÖPNV** ermöglichen. Projekte wie Bürgerbusse, Ruftaxis oder andere Mitnahmeverkehre, die in den Kreisen entwickelt wurden und eine bessere Mobilität gewährleisten, wollen wir durch Projektförderung unterstützen.
- Wir wollen **Bahnstrecken im Nahverkehr** ausbauen. Die Bahn ist die umweltfreundlichste, öffentliche Transportart von Menschen und Gütern. Die Sanierung und der Ausbau der Schienenstrecken im Nahverkehr muss daher im Land weiter vorangetrieben werden.

Straßen erhalten und zielgerichtet ausbauen

Die verkehrliche Infrastruktur ist eine der Voraussetzungen für eine funktionierende wirtschaftliche Entwicklung im Land. Doch wir wissen, dass unsere Verkehrsinfrastruktur in großen Teilen saniert werden muss. Das muss dringend in den kommenden Jahren passieren, denn wir müssen uns auf wachsende Verkehrsströme einstellen. Der Nord-Süd-Verkehr wird weiter wachsen.

- Wir wollen, dass dem **Erhalt, der Sanierung und dem Ausbau** bestehender Straßen allgemein Vorrang vor komplett neuen Strecken zu geben ist.
- Wir wollen, dass der von uns begonnene Aufholprozess bei der jahrzehntelang vernachlässigten **Sanierung von Landesstraßen** (die mit dem „L“) konsequent fortgesetzt wird, bis der Rückstau abgebaut ist. Dafür wollen wir die entsprechenden Gelder zur Verfügung stellen.
- Wir wollen den konsequenten **Weiterbau der A 20** mit westlicher Elbquerung bei Glückstadt.
- Wir wollen, dass der **Westküstenmagistrale** aus A 23 und B 5 in Zukunft mehr Bedeutung zugemessen und insbesondere die B5 zwischen Tönning und Husum sowie Husum und Bredstedt ausgebaut wird. Diese Strecke dient nicht nur der wirtschaftlichen Erschließung der Westküste, sondern auch der mittel- und langfristigen Entlastung der A 7.
- Wir wollen die rechtlichen Grundlagen für Planungsverfahren und Planänderungsverfahren überprüfen und mit dem Ziel überarbeiten, diese **Verfahren zu beschleunigen**.
- Wir wollen, dass auf der A 7 zwischen dem Bordesholmer Dreieck und der dänischen Grenze tagsüber von 6-20 Uhr ein durchgehendes **LKW-Überholverbot** ausgesprochen wird. Langfristig muss die A7 bis zur Grenze ebenfalls dreispurig ausgebaut werden.
- Wir wollen für den Auto- und Schienenverkehr langfristig eine kombinierte Straßen- und Tunnelquerung über den Nord-Ostsee-Kanal.
- Wir wollen die **Sicherung des Eigentums des Bundes** an den Bundesfernstraßen im Grundgesetz verankert wissen. Die Infrastrukturgesellschaft des Bundes muss ausschließlich in öffentlichem Eigentum stehen. Eine Veräußerung an private Betreiber kommt für uns nicht in Frage.

Breitband flächendeckend ausbauen

Durch die zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft wie im Privatleben besteht ein großes und drängendes Bedürfnis, die digitale Infrastruktur erheblich auszubauen. Breitbandversorgung ist ein entscheidender Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit

der Gemeinden. Gerade im ländlichen Raum ist die schnelle Internetversorgung aber bei weitem noch nicht flächendeckend.

- Wir wollen den **Ausbau des schnellen Internets** auch in den nächsten Jahren weiter voranbringen und die Gemeinden dabei unterstützen, Lösungen vor Ort zu erarbeiten.
- Wir wollen es innerhalb der kommenden Jahre schaffen, alle **Schulen** und **außerschulischen Lernorte** wie Bibliotheken mit Glasfaserkabeln oder mobile Technologien ans Breitbandnetz anzuschließen. Die dazugehörige Infrastruktur in den Schulen wird modernisiert.

*Über die kabelgebundene Breitbandversorgung hinaus wollen wir den Ausbau von WLAN-Zugängen für den öffentlichen Raum überall, wo es sinnvoll ist, fördern. Neben der Unterstützung von WLAN-Zugängen von kommerziellen Anbietern, setzen wir uns insbesondere für **freie, öffentliche WLAN-Zugänge/Netze, wie z.B. die Freifunkinitiative, ein.***

- Wir wollen, dass in und an öffentlichen Gebäuden **kostenloses W-LAN** zur Verfügung gestellt wird. Hier muss vor allem auch an den Schulen und Bibliotheken freies W-LAN ermöglicht werden.

Unsere Kulturpolitik: Kein Luxus, sondern Lebensmittel

Oberstes Ziel unserer Kulturpolitik bleibt es, möglichst vielen Menschen den Zugang zu Kultur zu ermöglichen. Denn jeder Mensch hat das Recht auf kulturelle Teilhabe,

unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer, religiöser und politischer Auffassung und individueller Einschränkungen. Kultur bietet wesentliche Antworten auf die Fragen, woher wir kommen und wie wir leben wollen.

Schleswig-Holstein hat eine reichhaltige Geschichte und eine vielfältige Kultur vorzuweisen: Däninnen und Dänen, Friesinnen und Friesen, Deutsche, Sinti und Roma sowie Migrantinnen und Migranten machen seit Jahrhunderten Schleswig-Holstein bunt. Kulturelle Vielfalt ist somit ein besonderes Merkmal Schleswig-Holsteins.

Unsere **Kulturministerin Anke Spoorendonk** hat seit 2012 die Kulturpolitik des Landes entscheidend weiter entwickelt. Mit den 2014 beschlossenen „Kulturperspektiven Schleswig-Holstein“ hat unser Land erstmals in seiner Geschichte ein tragfähiges Konzept für die Kulturpolitik des Landes. Es geht im Kern darum, unser materielles und immaterielles Kulturerbe zu erhalten und zugänglich zu machen, Kultureinrichtungen und Kulturschaffende zu stärken, die Digitalisierung unserer Gesellschaft kulturell zu begleiten und umzusetzen, Kulturtourismus sowie Kultur- und Kreativwirtschaft zu fördern. Und vor allem geht es auch darum, der jungen Generation durch eine bessere kulturelle Bildung den Wert von Kultur nahe zu bringen. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen.

Das wollen wir bis 2022 erreichen:

Die Kulturförderung ausweiten

Um den Zielen der „Kulturperspektiven“ gerecht zu werden, bedarf es für Kulturinstitutionen und Kulturschaffende eines Höchstmaßes an finanzieller Sicherheit. Der SSW wird die Kulturförderung des Landes in der kommenden Wahlperiode weiter verbessern.

- Wir wollen den **Investitionsstau im kulturellen Bereich abbauen** und die Dynamisierung des Vorwegabzuges beim Kommunalen Finanzausgleich weiterführen. Dadurch wollen wir nicht zuletzt unseren kommunalen Theatern und öffentlichen Bibliotheken Planungssicherheit geben.
- Wir werden das **Modell der Kulturknotenpunkte weiterentwickeln**, um die kulturelle Infrastruktur insbesondere im ländlichen Raum zu erhalten. Dazu gehört die spartenübergreifende Vernetzung von Kultureinrichtungen (Volkshochschulen, soziokulturelle Zentren, Bibliotheken) ebenso wie die intensive Einbindung und Vernetzung von Kulturschaffenden, Ehrenamtlichen, Nutzerinnen und Nutzern.
- Wir werden die Kulturperspektiven mit Blick auf die Digitalisierung unserer Gesellschaft weiterentwickeln und im Rahmen unseres Kulturkonzepts eine **Digitale Agenda Kultur** umsetzen.
- Wir werden durch die Schaffung eines **Liquiditätsfonds neuen Kulturformen** - wie Comic-Kultur, Computerspielen, Poetry-Slam, Video- und Kurzfilmprojekten - eine bessere Plattform geben.

- Wir wollen den **Kulturstandort Schleswig-Holstein** auch aus touristischen und wirtschaftlichen Gründen weiter stärken. Dazu gehört, dass für Konzerte und Kulturdarbietungen wie die des **Schleswig-Holstein Musik Festivals** anspruchsvolle Säle von überregionaler Bedeutung wie etwa das **Deutsche Haus** in Flensburg vorhanden sein müssen. Dass sich das Land sowohl an der **Sanierung der MuK** in Lübeck als auch an der **Sanierung des Kieler Schlosses** finanziell beteiligt, steht für uns daher außer Frage.

Kulturelle Bildung ausbauen

Bildung und Kultur sind zwei Seiten einer Medaille. Der SSW setzt sich für eine Fortsetzung des Projekts „Kultur trifft Schule – Schule trifft Kultur“ ein, das 2018 ausläuft. Die Vernetzung der Kulturschaffenden mit den Schulen darf nicht abbrechen. Zudem muss die kulturelle Bildung verstärkt mitgedacht werden, wenn es um Schul- und Weiterbildung geht.

- Wir wollen eine **Gesamtkonzeption für den Bereich** „Bildung und Kultur“ entwickeln, um die Nachhaltigkeit von Projekten zu sichern. Dazu gehören der regelmäßige Austausch von Künstlerinnen und Künstlern mit Bildungsinstitutionen, ein Fortbildungsangebot für Ehrenamtliche in der kulturellen Bildung und die Stärkung der Qualität durch Zielvorgaben.
- Wir wollen die **Kooperation von kultureller Jugendbildung und Schule** noch weiter ausbauen. Gerade Ganztagschulen bieten in den Bereichen Theater, Musik, bildende Kunst und Tanz noch erhebliches Potential, das wir nutzen wollen.
- Die Kulturelle Bildung stützt sich heute stark auf das unverzichtbare Engagement von Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern. **Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** sind und bleiben aber wichtig, um Professionalität zu sichern. Wir wollen deshalb eine verbesserte Finanzierung, die das ermöglicht.
- Wir wollen verbesserte Rahmenbedingungen für das **Freiwillige Soziale Jahr Kultur**. Wir fordern eine deutlich stärkere gesellschaftliche Anerkennung (u.a. durch Hochschulen) und bessere finanzielle Bedingungen.

Kultureinrichtungen fördern

Die öffentlichen Kultureinrichtungen im Land nehmen nicht nur die anspruchsvolle Aufgabe wahr, das kulturelle Erbe des Landes zu sichern und heutigen Generationen zu vermitteln. Theater, Museen und Bibliotheken schaffen und vermitteln die Strömungen der Gegenwart und tragen somit zur Fortschreibung der Kultur Schleswig-Holsteins bei. Dafür muss die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

- Wir wollen den gesellschaftlichen Mehrwert unserer öffentlichen **Bibliotheken** stärker herausstellen. Sie sichern den demokratischen Zugang zu Medien und Informationen im Zeitalter der Digitalisierung und sind Orte der kulturellen Bildung und Begegnung. In diesem Sinne wollen wir die Projektmittel für innova-

tive Bibliotheksarbeit aufstocken und die Bibliotheken verstärkt mit anderen Bildungs- und Kultureinrichtungen vernetzen. Bibliotheken sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und deshalb muss das Bibliotheksgesetz in diesem Sinne weiter entwickelt werden.

- Wir wollen das im Rahmen der Kulturperspektiven erarbeitete **Theaterkonzept für Schleswig-Holstein** weiterentwickeln. Wir stehen zu den drei kommunalen Theatern im Lande – dem Landestheater im Norden und den Theatern in Kiel und Lübeck – und werden deren Kulturauftrag weiter sichern. Wir wollen die **Realisierung einer Spielstätte des Landestheaters in Schleswig** unterstützen und werden weiterhin für Bedingungen sorgen, die das breite Angebot des Landestheaters gewährleisten.
- Wir wollen das **Kinder- und Jugendtheater stärken**. Auch die freien Theater müssen weiterhin vom Land unterstützt werden, zum Beispiel durch Investitionszuschüsse.
- Die **soziokulturellen Kulturzentren** im Lande müssen weiterhin vom Land finanziell unterstützt werden, zum Beispiel durch Investitionszuschüsse für die Schaffung von Barrierefreiheit.
- Wir wollen gemeinsam mit der kommunalen Ebene die schleswig-holsteinische **Museumslandschaft** weiter professionalisieren. Dazu gehören die Weiterführung der Zertifizierungsinitiative, die digitale Erfassung unseres kulturellen Erbes und Maßnahmen gegen den Verfall des Kulturerbes. Wir werden uns dafür stark machen, dass Land und Kommunen gemeinsam einen **Fördertopf für kommunale Museen** einrichten.
- Wir wollen in regelmäßigen Abständen **Landesausstellungen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte** initiieren. Wir brauchen diesen Diskurs nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Globalisierung und werden ihn im Rahmen unseres Kulturdialogs führen.
- Wir wollen den Masterplan für unsere **Landesmuseen** weiter umsetzen. Dazu gehört, die Attraktivität der Museen auf der Gottorfer Schlossinsel durch eine neue Dauerausstellung und ein neues Eingangsgebäude nachhaltig zu stärken.
- Wir wollen, dass das **Institut für baltische und skandinavische Archäologie** beim Archäologischen Landesmuseum weiter entwickelt wird - mit dem Ziel der Aufnahme in die bundesweite Leibnitz-Gemeinschaft.
- Wir wollen das **Landesarchivgesetz novellieren** und dabei insbesondere die Herausforderungen der Digitalisierung im Blick haben.
- Wir wollen das **Landesamt für Denkmalpflege** personell stärken und die bewährte Stelle eines Ombudsmanns beibehalten.

Gedenkstätten modernisieren

Die Erinnerungskultur unseres Landes muss sich verstärkt auf Jugendliche und junge Erwachsene einstellen, die keinen (persönlichen) Bezug zur Nazi-Zeit haben. Weil

sie keine Familienmitglieder mehr haben, die Naziherrschaft und Krieg selbst erlebt haben. Oder weil sie und ihre Familien aus dem Ausland zugewandert sind. Heute ist es wichtiger denn je zu zeigen, wohin Rechtsradikalismus, Intoleranz, Demokratie- und Fremdenfeindlichkeit in der Konsequenz führen. Dafür müssen zeitgemäße und gesellschaftsnahe Formen der Bildungsarbeit entwickelt werden.

- 2015 hat Schleswig-Holstein auf unser Betreiben hin erstmals einen konzeptionellen Rahmen für die Auseinandersetzung mit dem Erbe der Nazizeit in Schleswig-Holstein bekommen. Wir wollen das **Gedenkstättenkonzept** des Landes finanziell und inhaltlich weiterentwickeln.
- Wir wollen die **Vermittlungsarbeit** unserer Gedenkstätten und historischen Lernorte weiter professionalisieren und die Vernetzung voranbringen. Die dafür eingerichtete **Servicestelle bei der Bürgerstiftung** Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten wollen wir ausbauen und Mittel für das Engagement von **bürgerschaftlichen Initiativen** bereitstellen.

Unsere Minderheitenpolitik: Kulturelle Vielfalt als Recht der Minderheit und Bereicherung der Mehrheit

Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) wurde 1948 als Partei der dänischen Minderheit und der nationalen Friesen in Schleswig-Holstein gegründet. Der SSW ist als Minderheitenpartei fest im Landesteil Schleswig und in den dort beheimateten Minderheiten verankert – den Dänen und Friesen. Die kulturelle Vielfalt ist ein besonderes Pfund, mit dem Schleswig-Holstein wuchern kann. Das Nebeneinander von dänischer, friesischer und deutscher Kultur sowie der Kultur der Sinti und Roma ist ein Reichtum, den es für das ganze Land zu nutzen gilt. Däninnen und Dänen, Friesinnen und Friesen sowie Sinti und Roma leben hier seit Jahrhunderten, sind deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und haben dieselben Pflichten, aber auch Rechte, wie die Mehrheitsbevölkerung. Für uns als Partei der dänischen Minderheit und der nationalen Friesen hat die Gleichbehandlung der Minderheiten in Schleswig-Holstein einen sehr hohen Stellenwert.

Die Minderheitenpolitik ist ein herausragendes Alleinstellungsmerkmal unseres Landes. Nirgendwo anders in Deutschland leben drei anerkannte Minderheiten. An wenigen Stellen in Europa werden vier Sprachen (Deutsch, Dänisch, Friesisch und Romanes) und zwei Regionalsprachen (Niederdeutsch und Sønderjydsk) nebeneinander gesprochen. Der SSW verkörpert dieses Miteinander auf Augenhöhe und die gegenseitige Bereicherung der Kulturen und Sprachen in unserem Land. Diese Vielfalt gibt unserem Land nicht nur eine ganz besondere Lebensqualität, sie ist auch ein Wirtschaftsfaktor, der allen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern zugutekommt.

Es gab aber auch andere Zeiten, in denen das über Jahrzehnte hart erarbeitete gute Zusammenleben durch die Mehrheitsbevölkerung oder ihre Parteien infrage gestellt wurde. In den letzten Jahren haben wir dafür gesorgt, dass das Zusammenleben zwischen Minderheit und Bevölkerungsmehrheit wieder richtig gut ist.

Schleswig-Holstein hat wesentliche Fortschritte in der Minderheitenpolitik erreicht – so wurden zum Beispiel die Gleichstellung der Zuschüsse für die Schulen der dänischen Minderheit nicht nur per Gesetz beschlossen, sondern auch in der Landesverfassung festgeschrieben. Dies gilt auch für den Friesisch-Unterricht an öffentlichen Schulen. An diesen Erfolgen wollen wir festhalten und das Miteinander sowie die Pflege unserer Sprachen und Kulturen beständig weiter entwickeln.

Das wollen wir bis 2022 erreichen:

Unsere Minderheiten- und Regionalsprachen weiter stärken

Der SSW hat in dieser Wahlperiode erreicht, dass unser Land erstmals eine offizielle Sprachenpolitik bekommen hat, mit der Schleswig-Holstein sich aktiv zur Mehrsprachigkeit bekennt, diese gezielt fördert und auch sichtbar macht. Diese Mehrsprachigkeit kommt allen zugute: Den Minderheiten, weil sie ihre Sprache lesen und nutzen können. Der Mehrheitsbevölkerung, weil diese Vielfalt nicht nur eine kulturelle Bereicherung ist, sondern unserem Land auch ein unverwechselbares Profil verleiht, das für Touristinnen und Touristen sowie Unternehmen aus dem Ausland besonders interessant ist.

Im Unterschied zur dänischen Minderheit betreibt die friesische Minderheit keine eigenen Bildungseinrichtungen. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass

das Land in den öffentlichen Einrichtungen den Erhalt der friesischen Sprache und Kultur fördert.

- Wir wollen, dass mehr **Schilder, Wegweiser und Informationstafeln** im Land zweisprachig sind – je nach Region in Deutsch/Dänisch, Deutsch/Friesisch oder Deutsch/Niederdeutsch. Dies gilt insbesondere an öffentlich Gebäuden, Landesämtern, Denkmälern und öffentlich geförderten Gebäuden.
- Wir wollen, dass Minderheitensprachen in Zukunft auch **vor Gericht** genutzt werden können, ohne dass Kosten oder andere Nachteile für den Betroffenen und andere Verfahrensbeteiligten entstehen.
- Wir wollen, dass das Land die Vorgaben der Europäischen Sprachencharta erfüllt und geeignete Maßnahmen ergreift, um die **Präsenz der dänischen und friesischen Sprache in den Medien** zu erhöhen. Dem öffentlich-rechtlichen NDR kommt dabei eine besondere Verantwortung zu.
- Wir wollen, dass die Minderheiten im **Rundfunkrat des NDR** vertreten sind.
- Wir wollen, dass das **Schulfach Friesisch** rechtlich anderen Sprachangeboten gleichgestellt und der **Friesisch-Unterricht** an den Schulen Nordfrieslands und auf Helgoland ausgeweitet wird. Unser Ziel ist, dass 2020 doppelt so viele Schülerinnen und Schüler Friesisch-Unterricht erhalten und doppelt so viele Friesisch-Stunden erteilt werden wie 2012. Auf Sylt, Föhr, dem nördlichen nordfriesischen Festland und Helgoland soll Friesisch durchgehend, in allen Klassen unterrichtet werden. Das gleiche gilt für die Kindergärten.
- Wir wollen, dass das Land eine Stelle zur Herstellung und Publikation von kostenlosem **Unterrichtsmaterial für den Friesisch-Unterricht** in Kindergärten, an Schulen und in der Erwachsenenbildung einrichtet und die Herstellungskosten hierfür durch das Land getragen werden.

Unsere Minderheiten unterstützen

Die finanzielle Unterstützung der Organisationen und Bildungseinrichtungen der Minderheiten ist Grundvoraussetzung für deren Existenz. In weiten Teilen ist uns die Gleichstellung gelungen. Dies gilt es weiter zu verstetigen und vertraglich abzusichern. Minderheitenpolitik ist aber nicht nur Gleichstellung und finanzielle Unterstützung. Es geht dabei auch um Anerkennung und Gleichberechtigung.

- Wir wollen eine **Ziel- und Leistungsvereinbarung** des Landes mit dem dänischen Kulturverband SSF.
- Wir wollen, dass die **Kommunen** ihren Beitrag zur Absicherung der finanziellen **Gleichstellung der dänischen Kindergärten** leisten.
- Wir wollen, dass der Bund, das Land und die Kommunen sich weiterhin zu ihrer Verantwortung für die **dänischen Kultureinrichtungen** bekennen und diese entsprechend finanziell unterstützen.

- Wir wollen eine **Ziel- und Leistungsvereinbarung** des Landes mit sämtlichen friesischen Verbänden.
- Wir wollen, dass die Landesregierung die **finanzielle Ausstattung** und damit die Arbeitssituation der friesischen Volksgruppe nachhaltig verbessert. Die Förderung der friesischen Sprache und Kultur, die heute mehrheitlich auf ehrenamtlicher Arbeit basiert, muss weiter professionalisiert werden.
- Wir wollen, dass eine „**Stiftung für das friesische Volk**“ unter Beteiligung des Landes und des Bundes eingerichtet wird, so wie sie es bereits seit Jahren für das sorbische Volk gibt.
- Wir wollen, dass die Kulturarbeit des **Landesverbandes der deutschen Sinti und Roma** vom Land weiter angemessen finanziert und unterstützt wird.
- Wir wollen, dass die **Grabstätten der in den Konzentrationslagern ermordeten Sinti und Roma** gemeinsam mit dem Landesverband der deutschen Sinti und Roma katalogisiert werden und mit den Trägern der betroffenen Friedhöfe und dem Landesverband der deutschen Sinti und Roma eine Regelung für den dauerhaften Erhalt dieser Grabstätten gefunden wird.
- Wir wollen, dass das erfolgreiche Modell der **Mediatorinnen in den Schulen**, durch die die Kinder und Jugendlichen der Minderheit der Sinti und Roma in den Schulen begleitet werden, weitergeführt und **auch auf den Kindergartenbereich und der beruflichen Bildung ausgeweitet** wird.

Schleswig-Holstein als Minderheiten-Kompetenzzentrum und europäische Minderheitenpolitik stärken

Unser Land verfügt aufgrund seiner Geschichte und Gegenwart über einen ganz besonderen Erfahrungsschatz. Seit der Volksabstimmung von 1920 steht die deutsch-dänische Grenze fest. Nach Jahrzehnten des Gegeneinanders sind die Menschen im Norden heute darum bemüht, das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit positiv zu gestalten. Unsere Minderheitenpolitik findet europa- und weltweit Beachtung und hat dazu geführt, dass renommierte Organisationen und eine Forschungseinrichtung zu Minderheitenfragen im deutsch-dänischen Grenzland beheimatet sind. Diese Stärke muss noch besser genutzt werden.

- Wir wollen, dass die besondere Minderheitenpolitik des Landes, auf die Schleswig-Holstein zu Recht stolz ist, für die **Profilierung unseres Landes** genutzt wird.
- Wir wollen, dass sich die Landesregierung in einer Bundesratsinitiative für die Aufnahme des Schutzes und der Förderung der Minderheiten in das deutsche Grundgesetz einsetzt.
- Wir wollen das **Kompetenzzentrum für Minderheitenfragen in Flensburg** sichtbarer machen. Die Minderheitenunion FUEV, das Europäische Zentrum

für Minderheitenfragen (ECMI) und die Organisationen der dänischen Minderheit bilden ein Bündel, das einmalig ist. Dazu gehören unter anderem die Förderung des Projekts „Haus der Minderheiten“ und eine stärkere grenzüberschreitende Vernetzung aller relevanten wissenschaftlichen Institutionen.

- Wir wollen die Vermittlung von **Wissen über Dänen, Friesen, Sinti und Roma** im regulären Schulunterricht ausweiten.
- Wir wollen uns für eine **EU-Minderheitenpolitik** stark machen, die Anerkennung, Schutz und Förderung aller Minderheiten und Volksgruppen langfristig sichert. Die Zuständigkeit für Minderheiten muss auf den Entscheidungsebenen der EU fest verankert werden.
- Druck und Gewalt lösen keine Minderheitenkonflikte; es geht nur mit Verständnis und einem tiefen Sinn für ein Miteinander. Wir wollen, dass Deutschland und Dänemark **im Sinne der Bonn-Kopenhagener Erklärungen** von 1955 diese Werte und Überzeugungen sowohl im Europarat, in der OSZE als auch in den Institutionen der EU als gemeinsame Grundsätze vertreten.

Unsere Innen- und Rechtspolitik: Sachlich und bürgerorientiert

Der SSW steht für eine Innen- und Rechtspolitik, bei der die Bürgerinnen und Bürger und deren Rechte im Mittelpunkt stehen. Terrorismus, Einbruchskriminalität und andere Formen von strafbarem Handeln müssen konsequent vorgebeugt und wirkungsvoll bekämpft, verfolgt und bestraft werden. Wir wollen dafür die besten Instrumente. Das sind aber häufig nicht die einfachen Lösungen, die am lautesten und härtesten daher kommen. Sicherheit findet da ihre Grenzen, wo zweifelhafte Verschärfungen, Überwachung und Strafe nichts bringen und die Falschen treffen. Das Privatleben der Menschen und ihre Daten gehen im Regelfall weder Behörden noch Unternehmen etwas an.

Schleswig-Holstein ist in dieser Hinsicht nicht schlecht aufgestellt. Wir haben gute Rahmenbedingungen, um die Aufgaben von Polizei, Verfassungsschutz, Justiz, Strafvollzug und Datenschutz wahrzunehmen. Durch die aktuellen Entwicklungen der letzten Jahre in den Bereichen Kriminalität, Digitalisierung und Zuwanderung sind aber mehr Arbeit und neue Aufgabenfelder hinzugekommen, die nicht einfach nebenher erledigt werden können. Deshalb müssen die Landesbehörden das erforderliche Personal und die notwendige Ausrüstung bekommen. Wir haben deshalb die Stellen bei Polizei, Justiz und Justizvollzug aufgestockt und werden weiterhin dafür sorgen, dass diese Aufgaben professionell erledigt werden.

Das wollen wir bis 2022 erreichen:

Sicherheit geben

Voraussetzung dafür, dass die Menschen sich in unserem Land sicher fühlen können ist, dass die Polizei dafür sorgt, dass die Gesetze eingehalten werden und jene verfolgt, die sich nicht daran halten. Hier trägt das Land mit seiner Landespolizei eine große Verantwortung.

- Wir wollen eine moderne und gut ausgerüstete **Landespolizei**. Der **Stellenaufbau** muss konsequent weitergeführt werden. Dazu gehört auch eine gute Entlohnung der Polizistinnen und Polizisten, damit wir junge Leute für diesen wichtigen Dienst gewinnen können.
- Wir wollen keine **unnötige Erweiterung von Rechten für die Landespolizei**, die wenig bringt, aber staatliche Überwachung unbescholtener Bürger weiter ausweitet. Aus diesem Grund lehnt der SSW unverhältnismäßige Instrumente wie Rasterfahndung, elektronische Kennzeichenerfassung oder die anlasslose Speicherung aller Telefon- und Kommunikationsdaten ab.
- Wir wollen, dass **Verschärfungen von Sicherheitsgesetzen** im Land wie im Bund regelmäßig überprüft und mit wissenschaftlicher Unterstützung evaluiert werden. Nur was wirklich hilft, sollte dauerhaft bleiben. Auch der weitere Ausbau von Videoüberwachung im öffentlichen Raum muss im jeweiligen Einzelfall auf seine **Verhältnismäßigkeit** hin überprüft werden.

- Wir wollen, dass die mehr als 200.000 **Schusswaffen** im Land und deren sichere Verwahrung durch die Behörden engmaschig kontrolliert werden.
- Vor dem Hintergrund von Auswüchsen von Hass, Vorurteilen und Intoleranz, nicht zuletzt in den sozialen Medien, wollen wir, dass die **Verfolgung von Straftaten im Internet** neu geregelt wird. Die Menschenwürde der Betroffenen und der öffentliche Frieden müssen geschützt werden.

Einen starken Rechtsstaat erhalten

Wir werden uns weiter für die Modernisierung unseres Rechtsstaates stark machen. Maßstab unserer Politik ist die Sicherung von Freiheit und Selbstbestimmung und der Schutz der Schwächeren durch das Recht und die Rechtspolitik. Die Justiz muss daher personell und sachlich so ausgestattet sein, dass sie überall Recht und Gesetz durchsetzen und Opfern zu ihrem Recht verhelfen kann.

- Wir wollen, dass der Personalstellenbedarf in der Justiz - neu berechnet nach dem bundesweit einheitlichen Personalbedarfsverfahren (PEBB§Y) - zu 100 % umgesetzt wird.
- Wir wollen die **Digitalisierung der Justiz** – eJustiz und eGovernment - weiter voranbringen. Dies stellt in der nächsten Legislaturperiode die größte organisatorische Herausforderung der Justiz in Schleswig-Holstein dar und muss in enger Abstimmung mit den Gerichten, Staatsanwaltschaften, Gewerkschaften, Verbänden und Mitbestimmungsgremien weiter umgesetzt werden.
- Wir wollen den **Täter-Opfer-Ausgleich** weiter ausbauen, um den Opferschutz zu verbessern. Täter-Opfer-Ausgleich als Wiedergutmachung und Wiederherstellung von positiven sozialen Beziehungen ist mit dem Inkrafttreten des neuen Landesstrafvollzugsgesetzes auch Teil des Behandlungsvollzuges in Schleswig-Holstein.
- Wir wollen das **Vorrangige Jugendverfahren** in allen Landgerichtsbezirken weiterentwickeln und dabei auch den Täter-Opfer-Ausgleich als ambulante Sanktion weiter stärken. Wir wollen ein Konzept für ambulante Sanktionsalternativen für besondere Gruppen von jungen Straftätern entwickeln und erproben.
- Wir wollen eine **Modernisierung des Strafrechts** um damit neue Straftatbestände– wie Doping im Sport, Internetkriminalität, Korruption im Gesundheitswesen oder die Entwicklung eines eigenen Unternehmensstrafrechts - abzudecken. Rein politisch motivierte Strafrechtsverschärfungen lehnen wir ab.
- Wir wollen ein **Sexualstrafrecht** nach der Devise „Nein heißt Nein“. Wir fordern, dass die Bundesrepublik entsprechend die Istanbul Konvention ratifiziert und die dort formulierten Standards umsetzt.
- Wir wollen einen **Handlungsplan für den Umgang mit sexueller Gewalt und Sexualstraftaten**, der vorhandene und neue Maßnahmen im Bereich der Sexualprävention und des Opferschutzes besser verzahnt und transparenter

gestaltet. Dazu gehören unter anderem auch die Wegweisung als Maßnahme gegen häusliche Gewalt, die psychosoziale Prozessbegleitung, die anonyme Spurensicherung und die Opferentschädigung sowie entsprechende Aus- und Fortbildung der Justiz und Polizei.

- Wir wollen eine eng eingegrenzte Ermöglichung von **Ton- und Filmaufnahmen in unseren Gerichten**. Wir setzen uns dafür ein, dass die Diskussion zwischen Justiz und Medien weitergeführt wird, weil beide Seiten von Transparenz profitieren.
- Wir wollen ein „**Mehr an Spezialisierung**“ in den **Behörden der Justiz**, um den Zivilprozess modern, attraktiv und effektiv zu gestalten. Zum einen wird die Lebenswirklichkeit zunehmend komplexer und zum anderen hat die Anwaltschaft darauf durch eine weitreichende Spezialisierung reagiert. Wir werden uns dieser Debatte verstärkt stellen. Bei einer bundesgesetzlichen Regelung wird sich der SSW für definierte Länderöffnungsklauseln stark machen.
- Wir wollen eine **Konzentration von Zuständigkeiten** die unsere bewährte Gerichtsstrukturen stärkt.
- Wir wollen das neue „**Schleswig-Holstein Modell**“ im **Betreuungswesen**, die Betreuung aus einer Hand, weiterentwickeln und stärken. Die Koordinierung von Berufsbetreuung und ehrenamtlicher Betreuung sowie die Ausbildung von Vorsorgelotsen sind ein echter Gewinn für alle Beteiligten.
- Wir wollen uns weiter auf Bundesebene für eine **Neuformulierung der Tötungsdelikte im Strafgesetzbuch** einsetzen. Eine Bundesratsinitiative der SSW-Justizministerin Anke Spoorendonk hat maßgeblich dazu beigetragen, dass im Bund nun endlich die Mordparagrafen von 1941 reformiert werden sollen, deren Sprache noch auf das Täterbild von Nazi-Juristen zurückgehen. Wir werden uns weiter für eine inhaltliche Reform der Paragraphen 211 und 212 Strafgesetzbuch (Mord und Totschlag) stark machen.
- Wir wollen, dass sich die Justiz in Schleswig-Holstein auch weiterhin der Verantwortung stellt, die **Geschichte der schleswig-holsteinischen Justiz in der Nazizeit** und in der Zeit nach 1945 aufzuarbeiten.
- Wir wollen, dass sich die Justiz in Schleswig-Holstein der Diskussion stellt, wie das Wissen um die Bedeutung der Rechtstaatlichkeit und den Aufbau unseres **Rechtsstaates in der Gesellschaft** gestärkt werden kann. Dazu wollen wir ein Konzept entwickeln.
- Wir wollen die (wissenschaftliche) Erforschung der **Ursachen und Erscheinungsformen von Kriminalität** fördern. Dazu wollen wir die Zusammenarbeit der Landespolizei mit den Hochschulen verstärken und ausbauen.

Effektiven Justizvollzug fördern

Der SSW unterstützt einen modernen Strafvollzug, der die Verhinderung neuer Kriminalität in den Fokus rückt. Deshalb müssen die Untersuchungshaft und auch der Strafvollzug so gestaltet sein, dass Inhaftierte die Möglichkeit haben, Probleme zu bewältigen, sich persönlich zu ändern und Kontakte zu ihrem sozialen Umfeld zu erhalten.

- Wir wollen auf Grundlage des neuen Landesstrafvollzugsgesetzes den Strafvollzug in Schleswig-Holstein im Sinne eines **Behandlungsvollzugs** weiter modernisieren. Er muss auf einem wissenschaftlich fundierten Diagnoseverfahren basieren. Dazu gehören auch der Ausbau der sozialtherapeutischen Behandlung bei schweren Sexual- und Gewaltstraftaten und die Verbesserung der Versorgungssituation für psychisch erkrankte Gefangene.
- Wir wollen die **Familienorientierung des Strafvollzugs** weiterentwickeln, um den Erhalt der familiären Beziehungen von Gefangenen zu fördern. Dazu gehört insbesondere eine verstärkte Beratung, damit Gefangene ihre Rolle als Eltern und in der Partnerschaft verantwortlich wahrnehmen können.
- Wir wollen die gesellschaftliche Wiedereingliederung der Gefangenen mit einem neuen **Resozialisierungsgesetz**, das auf das neue Strafvollzugsgesetz abgestimmt ist, weiter voranbringen.
- Wir wollen die Strafvollzugsanstalten weiter **baulich modernisieren** wie zum Beispiel in Neumünster, Lübeck und Kiel. Wir wollen außerdem die Justizvollzugsanstalt Flensburg erhalten, weil sonst Streifenbeamte aus dem Norden des Landes Verdächtige künftig ganz nach Neumünster fahren müssten.
- Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode die **Personalsituation** in unseren Strafvollzugsanstalten weiter verbessern.
- Wir wollen den Prozess des **Betrieblichen Gesundheitsmanagements im Justizvollzug** weiterführen, weil wir nur so die Krankenstände unter den Bediensteten reduzieren und die Arbeitszufriedenheit steigern können.
- Wir wollen die arbeitsteilige **Kooperation mit Hamburg** im Bereich des Strafvollzugs weiter voranbringen. Ziel ist es, einen Staatsvertrag abzuschließen.

Privates schützen

Jede und jeder Einzelne muss selbst über die Preisgabe und Verwendung ihrer und seiner Daten bestimmen können. Deshalb muss der Umgang öffentlicher und privater Stellen mit personenbezogene Daten rechtlich streng reguliert und abgesichert sein. Alle, die Daten verarbeiten, sollen die Grundsätze und Verfahren ihrer Datenverarbeitung offen legen müssen, damit die Menschen möglichst eigenverantwortlich ihre persönlichen Daten schützen können.

- Wir wollen, dass die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Bürgerdaten im Rahmen öffentlicher Aufgaben **in öffentlicher Hand** bleibt. Eine Privatisierung

lehnen wir ab.

- Wir wollen, dass das **Recht auf informationelle Selbstbestimmung** ins Grundgesetz aufgenommen wird.

Gleichstellung und Antidiskriminierung gewährleisten

Die Gleichstellung und Gleichbehandlung der Geschlechter unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung ist für den SSW ein Grundprinzip unseres Zusammenlebens. Wir wollen die bestehenden strukturellen Benachteiligungen von Frauen und Mädchen weiter abbauen. Nicht nur der Vergleich mit Skandinavien zeigt, dass Frauen und Männer in Schleswig-Holstein insbesondere bei der Frage des gleichen Lohns für gleiche Arbeit und bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch längst nicht gleichgestellt sind.

- Wir wollen das **Landesgleichstellungsgesetz** novellieren. Hier müssen nicht nur verbesserte Rahmenbedingungen für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten festgeschrieben, sondern auch klare Regelungen zur Erhöhung des Frauenanteils - u.a. in kommunalen Aufsichtsräten - getroffen werden.
- Wir wollen eine Bestimmung in den Hauptsatzungen der Gemeinden, die regelt, dass die Gleichstellungsbeauftragte in Ausübung ihrer Tätigkeit unabhängig ist und an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse teilnehmen kann. Ihr ist in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs auf Wunsch das Wort zu erteilen.
- Im öffentlichen Dienst muss überall das Prinzip des **Gender Mainstreamings** vorgelebt werden. Die öffentlichen Verwaltungen haben hier eine Vorbildfunktion, die sie dringend wahrnehmen müssen.
- Wir wollen, dass in öffentlichen Haushalten die **geschlechtergerechte Haushaltsführung (Gender-Budgeting)** praktiziert wird.
- Wir wollen, dass **in allen Politikbereichen** konsequent die Gleichstellung der Geschlechter angestrebt wird. Dazu gehören die Erfüllung von ausgewogenen Geschlechterquoten, gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, flexible Arbeitszeitmodelle für Männer und Frauen, verlässliche Kinderbetreuung für alle Altersgruppen und Bedingungen in Ausbildung und Studium, die es jungen Frauen und Männern ermöglichen, eine Familie zu gründen.
- Wir wollen das Bewusstsein der Mehrheit für die Lebenslagen und Interessen von transidenten und intersexuellen Menschen erhöhen. Dies soll auch weiterhin in Zusammenarbeit mit und Unterstützung durch ihre Interessenvertretung geschehen.
- Wir setzen uns weiterhin für eine vollkommene Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften in Deutschland ein. Dazu gehört die Öffnung der Ehe, das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare und alle weiteren Un-

gleichbehandlungen, die noch existieren.

Unser Staat: Handlungsfähig und bürgernah

Der SSW steht für einen modernen leistungsfähigen Staat, der den Bürgerinnen und Bürgern die Dienstleistungen und Hilfen anbietet, die sie von der Gemeinschaft für das tägliche Leben benötigen. Das Schlüsselwort ist Daseinsvorsorge. Zentrale Aufgaben, wie die Wasserversorgung, Straßen oder Stromleitungen gehören in die öffentliche Hand. Privatisierung der basalen öffentlichen Leistungen lehnen wir ab.

Voraussetzung dafür, dass Land und Kommunen ihre Aufgaben gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern wahrnehmen können ist, dass sie genügend finanzielle Mittel und Handlungsspielraum haben. Bei der Konsolidierung des Landeshaushalts sind wir auf einem guten Weg. Ab 2020 wird das Land netto nicht mehr ausgeben als wir einnehmen. Das ist ein Riesenschritt, dem ein weiterer folgen muss: Der bestehende Schuldenberg muss über einen längeren Zeitraum nachhaltig abgebaut werden, um zukünftige Generationen nicht zu belasten.

Bedingung für einen bürgerfreundlichen Staat ist natürlich auch, dass die Substanz gesund ist. Dieses ist bei den vielen Kleinstgemeinden heute leider häufig nicht gegeben. Der SSW setzt sich deshalb dafür ein, größere Gemeinden zu bilden, ohne dass dadurch die örtlichen Identitäten aufgegeben werden müssen.

Das wollen wir bis 2022 erreichen:

Landesfinanzen nachhaltig sanieren

Mit der Verankerung der so genannten „Schuldenbremse“ in der Landesverfassung hat der Landtag mit breiter Mehrheit – auch mit den Stimmen des SSW – beschlossen, den jährlichen Fehlbetrag im Haushalt bis 2020 auf null zu reduzieren. Erst danach wird es möglich sein, die bis dahin aufgelaufenen Schulden von rund 27 Milliarden Euro abzubauen. Damit dieses überhaupt gelingen kann, müssen wir sowohl die Einnahmen des Landes erhöhen als auch die Ausgaben reduzieren.

- Wir wollen den **Abbau der Neuverschuldung** weiter voranbringen, so dass die Schuldenbremse erfüllt wird. Dabei dürfen die notwendigen Investitionen nicht unterlassen und die Daseinsvorsorge gefährdet werden.
- Wir wollen, dass die **Erbschaftssteuer** für hohe Einkommen erhöht wird. In den kommenden Jahren werden Milliarden von einer Generation an die nächste gehen. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Erbschaftssteuerreform im Bundestag und im Bundesrat nachverhandelt wird.
- Schleswig-Holstein hat durch die **HSH-Nordbank** Milliardenverluste erlitten und musste die Bank mit Steuergeldern vor dem Ruin retten. In der Vergangenheit sind Fehler gemacht worden, die die Situation der Bank zusätzlich erschwert haben. Es ist nicht Aufgabe des Landes, eine am internationalen Finanzmarkt agierende Bank zu betreiben. Daher soll es das Ziel sein, die Anteile des Landes an der HSH-Nordbank spätestens Ende des Jahres 2018 zu verkaufen. Wir wollen, dass das Parlament weiterhin frühzeitig über die Ent-

scheidungsprozesse informiert und mit eingebunden wird.

- Wir wollen, dass Schleswig-Holstein die Diskussion auf Bundesebene um einen **Altschuldentilgungsfonds** wieder aufnimmt. Nur mit einem gemeinsamen Plan zur Schuldentilgung können die öffentlichen Schulden in Deutschland zügig und zielsicher beseitigt werden. Der Altschuldentilgungsfonds sollte vornehmlich aus zukünftigen neuen Steuereinnahmen gespeist werden.

Die Kommunen vor Ort wieder handlungsfähig machen

Der SSW setzt sich für ein bürgernahes Schleswig-Holstein ein. Dazu gehört eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Ein Großteil der knapp 1100 Gemeinden im Land ist nur vermeintlich nah am den Bürgerinnen und Bürgern. Denn sie sind so klein, dass sie kaum finanziellen Spielraum haben, um wichtige politische Entscheidungen für das Leben vor Ort zu treffen. Die Aufgaben werden an Ämter delegiert, deren Vertretungen nicht direkt durch Wahlen legitimiert sind. Deshalb sollte eine zukunftsfähige Gemeinde aus unserer Sicht eine Mindestgröße haben, um wirklich im Sinne der Bürgerinnen und Bürger handlungsfähig zu sein.

- Wir wollen eine **Gemeindegebiets- und Strukturreform**, bei der die Ebene der Ämter abgeschafft wird und Gemeinden von mindestens 8.000 Einwohnerinnen und Einwohnern entstehen. Das stärkt die bürgernahe Demokratie in den Gemeinden und reduziert zudem die Zahl der Verwaltungsebenen in Schleswig-Holstein von vier auf drei.
- Wir wollen eine **Verwaltungsstrukturreform**, die die Haushalte des Landes und der Kommunen entlastet, Verwaltungsabläufe vereinfacht und so viel Leistungen wie möglich nah an den Bürgerinnen und Bürgern erbringt. Damit die Gemeindeebene neue Aufgaben übernehmen kann, sind größere Gemeinden unumgänglich.
- Wir wollen, dass der **Kommunale Finanzausgleich** den dann neu entstehenden Rahmenbedingungen angepasst wird. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die jährliche Steigerung des Vorwegabzugs für beispielsweise Theater, Bibliotheken VHS, Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen in Höhe von 1,5 % fortgeführt wird.

Verantwortung für Daseinsvorsorge gerecht werden

Der SSW steht für ein Land, in dem die Versorgung der Bevölkerung mit grundlegenden Leistungen in öffentlicher Hand bleiben muss. Die Grundversorgung mit Strom, Wasser, Wohnraum, Öffentlichen Nahverkehr oder die Abfallentsorgung sind Aufgaben, die nicht an private, marktwirtschaftlich arbeitenden Unternehmen ohne staatliche Kontrolle und Einflussmöglichkeiten abgegeben werden dürfen. Zur Daseinsvorsorge gehören auch Sparkassen oder Genossenschaftsbanken, die die Grundversorgung mit Bankdienstleistungen sichern und wichtige Partner von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik der Region sind.

- Wir wollen dafür sorgen, dass Aufgaben der Daseinsvorsorge **nicht weiter privatisiert** werden.

- Wir wollen, dass die noch vorhandenen **Krankenhäuser der Kreise** in öffentlicher Hand bleiben, um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zu sichern.
- Wir wollen, dass die **Energieversorgung**, dort wo es möglich ist, in öffentliche Hände zurückgenommen wird.
- Wir wollen die **öffentlich-rechtliche Sparkassenstruktur** erhalten. Eine Privatisierung des Sparkassenwesens ist für uns nicht akzeptabel.

Den Staat ins digitale Zeitalter führen

Deutschland hinkt weit hinterher, was die Nutzungsmöglichkeiten der Digitalisierung für einen modernen Staat und zwischen Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern betrifft. Dies liegt zum einen daran, dass bei uns Datenschutz höher gewertet wird, als in anderen Ländern. Lange ist aber auch gezögert worden. Wir haben dafür gesorgt, dass Schleswig-Holstein 2016 eine E-Government-Strategie und eine Digitale Agenda bekommen hat. Damit ist die Grundlage für echte Fortschritte gelegt worden.

- Wir wollen, dass das Land und die Kommunen jetzt alle Möglichkeiten ausschöpfen, damit die Bürgerinnen und Bürger **Behördengänge im Internet** erledigen und dort öffentliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen können.
- Wir wollen nicht, dass der **persönliche Gang zur Behörde und die persönliche Beratung** durch die Digitalisierung wegfallen. Sie müssen weiterhin noch jenen zur Verfügung stehen, die aus dem einen oder anderen Grund die neuen digitalen Möglichkeiten nicht nutzen können oder wollen.

Nordstaat verhindern

Nichts ist natürlicher, als mit den anderen norddeutschen Bundesländern zu kooperieren, dort wo wir gemeinsame Interessen und Aufgaben haben. Insbesondere Hamburg ist eng mit unserem Land verwoben und bietet Arbeitsplätze für viele Menschen uns unserem Land. Wir wollen die Potenziale dieser Zusammenarbeit ausschöpfen, wo es den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern dient. Aber wir wollen auch - im Gegensatz zu anderen politischen Kräften - an der Eigenständigkeit unseres Landes festhalten.

- Wir wollen die Möglichkeiten der **Zusammenarbeit mit Hamburg und anderen norddeutschen Bundesländern ausschöpfen**. Bereiche, in denen noch Potenziale bestehen, sind unter anderem die Landesplanung, die Wirtschaftsförderung und der Verkehr. Neben Einsparungspotenzialen geht es da vor allem darum, wirtschaftspolitische Potenziale zu nutzen und den Menschen im Hamburger Rand das Leben zu erleichtern.
- Wir wollen **keinen „Nordstaat“**, also die Fusion Schleswig-Holsteins mit Hamburg oder mehreren norddeutschen Bundesländern. Unser Land muss seine

historisch gewachsene Selbständigkeit und Identität behalten und nah bei seinen Bürgerinnen und Bürgern bleiben. Ein Nordstaat dagegen ist bürgerfern. Der mögliche Nutzen einer solchen Länderfusion steht in keinem Verhältnis zu den Kosten und Nachteilen. Mit dem SSW wird es keine Vorbereitung der Zusammenlegung Schleswig-Holsteins mit anderen Ländern geben.

Bürgerinnen und Bürger einbinden

Es ist Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Menschen sich gern in die Meinungsbildung einbringen.

- Wir wollen, dass **Bürgerbegehren und Volksabstimmungen** auch auf Bundesebene möglich sind.
- Wir wollen, dass in Zukunft mehr Schriftstücke des Landes in „**leichter Sprache**“ zur Verfügung gestellt werden. Zu einer transparenten Demokratie gehört auch, dass Menschen erkennen können, welche Rechte und Pflichten sie haben.

Den öffentlichen Dienst zukunftsfest machen

Der öffentliche Dienst in Schleswig-Holstein sieht sich bereits jetzt einem stärkeren Wettbewerb um gutes und gut ausgebildetes Personal ausgesetzt und zwar nicht nur mit der Privatwirtschaft sondern auch mit der Bundesverwaltung und anderen angrenzenden Landesverwaltungen. Wir haben dafür gesorgt, dass mit dem Landesbeamtenmodernisierungsgesetz bereits erste wichtige Schritte zur Attraktivitätssteigerung im öffentlichen Dienst erfolgt sind. Diesen Weg wollen wir weiter gehen.

- Wir wollen eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit zur besseren **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** umsetzen, die sich an den Bedürfnissen der unterschiedlichen Lebensphasen orientiert.
- Wir wollen dafür sorgen, dass der öffentliche Dienst gerade **auch für Berufseinsteiger attraktiv** bleibt.
- Wir wollen eine **höhere Durchlässigkeit** zwischen den Laufbahngruppen umsetzen.
- Wir wollen weitere **Verbesserung der Gesundheitsprävention**.
- Wir wollen, dass die Kommunen im Sinne der Beschäftigten eine größere **Flexibilität im Personalmanagement** erhalten.

Unsere Außenpolitik: Schleswig-Holstein als Teil des europäischen Nordens

Angesichts der Flüchtlingssituation, des „Brexit“ und der nach wie vor nicht überwundenen Finanz- und Wirtschaftskrise steht die Europäische Union weiterhin vor großen Herausforderungen. Der SSW will keinen gesamteuropäischen Staat mit einer europäischen Zentralregierung, sondern eine kooperierende EU, in der nationalstaatliche und regionale Besonderheiten ebenso angemessen und gleichberechtigt Berücksichtigung finden wie soziale Belange und mehr Transparenz. Dafür muss sich Schleswig-Holstein im Rahmen seiner Möglichkeiten, unter anderem im Ausschuss der Regionen weiter einsetzen.

Für den SSW steht fest, dass wir wieder stärker ins Bewusstsein rücken müssen, was die Europäische Gemeinschaft bis heute geschaffen hat und was wir bei leichtfertiger Herabwürdigung dieser Errungenschaften wieder verlieren könnten. Ohne Freizügigkeit für Reisen, Warenverkehr, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wäre unser Land heute wesentlich ärmer dran. Ohne offene Binnengrenzen in Europa verlore Schleswig-Holstein schnell seine Rolle als „Drehscheibe des Nordens“. Ohne die Strukturfonds der EU könnten wir die Förderung aus unseren Landesprogrammen „Wirtschaft“, „ländlicher Raum“ und „Arbeit“ nicht zur Umsetzung unserer politischen Ziele einsetzen. Ohne INTERREG-Programme der EU gäbe es für Schleswig-Holstein nicht die Möglichkeit der strategisch ausgerichteten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Schleswig-Holstein profitiert ganz enorm von der EU.

Deshalb ist unsere EU- und „Außenpolitik“ entsprechend auf die konkrete Entwicklung in Schleswig-Holstein und die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn im Ostseeraum ausgerichtet. Wir wollen, dass Schleswig-Holstein noch stärker Teil des europäischen Nordens wird. In dieser Beziehung sind nicht zuletzt durch die Kontakte und Bemühungen der **SSW-Ministerin Anke Spoorendonk** neue Verbindungen geknüpft worden, die jetzt vertieft und in weitere konkrete Zusammenarbeit umgemünzt werden müssen.

Das wollen wir bis 2022 erreichen: Von der Europäischen Union profitieren

In der Europapolitik in Schleswig-Holstein spielt die EU vor allem als Regelgeberin und Geldgeberin für Vorhaben und Projekte im Land eine maßgebliche Rolle. Die Ausgestaltung der regionalen Europapolitik zur Vorbereitung der neuen EU-Förderperiode 2020 hat für uns daher Priorität. Deshalb wollen wir die Politik des Landes darauf fokussieren, was für die Menschen im Land und den Standort Schleswig-Holstein von Nutzen ist. Diese „Europapolitik von unten“ hat Erfolg, wenn sie bei den Menschen vor Ort als verbesserte Lebensqualität ankommt.

- Wir wollen, dass unser Hanse-Office in Brüssel und die Ministerien in Zusammenarbeit mit der Investitionsbank Schleswig-Holstein noch stärker darauf ausgerichtet werden, **professionelle Projekt-Akquise** zu betreiben.
- Wir wollen die Verwaltung der EU-Fonds auf Landesebene besser koordinieren und die Einwerbung von EU-Fördermitteln gezielt stärken. Dazu wollen wir Stellen zur Antragsberatung von Institutionen, Kommunen und privaten Partnern an EU-Projekten einrichten.

- Wir wollen die **Anschubfinanzierung** von EU-Projekten wieder einführen und werden prüfen, wie wir die Teilnahme der Wirtschaft an EU-Projekten weiter stärken können.
- Wir wollen, dass sich das Land im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine **sozialere EU** einsetzt. Bei der Liberalisierung der Märkte und des Arbeitsmarktes müssen die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unbedingt gesichert werden. Innereuropäisches Lohndumping muss eingedämmt werden.

Gute Nachbarschaft mit den nordischen Ländern vertiefen

In der deutsch-dänischen Zusammenarbeit hat Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren mit Anke Spoorendonk als Europaministerin so viel erreicht, wie nie zuvor. Weniger Sonntagsreden, mehr konkrete Ergebnisse im Großen wie im Kleinen, ist unsere Devise. Das Verhältnis zur dänischen Regierung ist so gut wie nie zuvor und Schleswig-Holstein wird auch zunehmend von den anderen nordischen Ländern wahrgenommen. Das stärkt nicht nur die kulturelle Zusammenarbeit, sondern eröffnet längerfristig auch ganz neue wirtschaftliche und politische Chancen.

- Wir wollen ein Schleswig-Holstein-Büro **in Dänemark** einrichten. Es soll einen engen Kontakt zur dänischen Regierung, zum Rat der nordischen Länder und zu anderen wichtigen Akteurinnen und Akteuren halten. Aufgabe ist es, zur Ansiedlung von Unternehmen zu beraten und Marketing für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein als Brücke zum deutschen Markt zu betreiben.
- Wir wollen in Zusammenarbeit mit den regionalen dänischen Behörden und schleswig-holsteinischen Kommunen eine **gemeinsame regionale Wirtschaftsentwicklungsstrategie** für die Grenzregion und die Regionalplanung grenzüberschreitend aufstellen. So können wir gemeinsame Probleme wie den Fachkräftemangel besser lösen.
- Wir wollen innerhalb gemeinsamer wirtschaftlicher Stärkenpositionen gemeinsame **Wirtschaftsentwicklungs-Agenturen** („Cluster-Managements“) etablieren. Nach dem Vorbild im Bereich Energie sollte es so etwas auch für die Ernährungs-, Gesundheits- und Maritime Wirtschaft geben.
- Wir wollen einen deutsch-dänischen **Hochschulverbund** etablieren, der gemeinsame Studiengänge und Forschung an den Hochschulen beiderseits der Grenze anbietet. Wir wollen ein attraktives Studieren ohne Grenzen fördern und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft stärken.
- Wir wollen den „**Jütlandkorridor**“ von Hamburg bis Skagen durch politische Vereinbarungen und infrastrukturelle Maßnahmen stärken.
- Wir wollen, dass Schleswig-Holstein und Dänemark **gemeinsame Infrastrukturen** planen, bedarfsorientiert ausbauen und unterhalten. Dabei wird der Auf- und Ausbau leistungsfähiger grenzüberschreitender Verkehrsinfrastrukturen auf beiden Entwicklungsachsen der Jütlandroute wie der Fehmarnbelt-Achse beiden

deutsch-dänischen Grenzregionen einen Wachstumsschub geben.

- Wir wollen den **Flughafen Sønderborg** als regionalen Flughafen auch für die Region Flensburg stärken. Der Versuch, Flugrouten nach Deutschland und in den Norden einzuführen, muss wiederaufgenommen werden. Dazu muss der ÖPNV zwischen Schleswig-Holstein und dem Flughafen gefördert werden.
- Wir wollen eine gemeinsame **deutsch-dänische Polizei-Task-Force**, die nach dem Vorbild der Zusammenarbeit Hamburg-Schleswig-Holstein arbeitet, um gemeinsam die grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen.
- Wir wollen die **grenzüberschreitende Mobilität** in Beruf und Alltag erhöhen. Vorrangiges Ziel muss sein, die wechselseitige Zugänglichkeit zu den Arbeitsmärkten und der Berufsausbildung zu verbessern. Dazu gehört es, in beiden Grenzregionen die interkulturelle Begegnung und die Sprachkompetenz zu fördern.
- Wir wollen, dass an den öffentlichen Grundschulen im Grenzland ab der 1. Klasse **Dänisch unterrichtet** wird. An beruflichen Schulen sollte Dänisch fester Bestandteil sein. Das eröffnet den jungen Menschen Chancen und stärkt die Grenzregion als Wirtschaftsstandort.
- Wir wollen, dass neuen **Grenzpendlerinnen und Grenzpendler** ein „Rund-Um-Sorglos-Paket“ angeboten wird und die Einzelberatung beim Pendlerbüro des „Infocenters Grænse/Grenze“ für beide Grenzregionen (Jütland u. Fehmarn) gestärkt wird. Hierfür sollen ergänzend zu den kommunalen Finanzmitteln gegebenenfalls auch Projektmittel des Landes genutzt werden.
- Wir wollen die **grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung** und die freie Wahl der Ärztin oder des Arztes über die Grenze hinweg erleichtern.
- Wir wollen die deutsch-dänische **Kulturvereinbarung** von 2013 fortsetzen und ein deutsch-dänisches **Jugendwerk** etablieren. Wir wollen die Chancen nutzen, die das EU-Programm INTERREG A seit 2014 bietet, die Kulturkooperationen in der Grenzregion und in der Fehmarnbelt-Region enger miteinander zu verzahnen.
- Wir wollen, dass unser Land seinen Einsatz gegenüber den **skandinavischen Ländern** verstärkt und im Verhältnis zum Rat der nordischen Parlamente und dem Nordischen Ministerrat eine aktive Rolle übernimmt.

Ostseezusammenarbeit aktiv prägen

Wir wollen, dass sich die Ostseeregion strategisch als weltoffene und friedfertige Region aufstellt. Dazu gehört, dass Schleswig-Holstein seine Rolle als Mitgestalter der Ostseepolitik weiter ausbaut. Das vom SSW geführte Europaministerium hat vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen im Ostseeraum, darunter dem angespannten EU-Russland-Verhältnis, ein neues Handlungskonzept zur Ostseekoopera-

tion entwickelt. Wir wollen die Zusammenarbeit im Ostseeraum in der nächsten Legislaturperiode strategisch weiterentwickeln und vertiefen. Unsere politischen Aktivitäten werden wir verstärkt auf Schwerpunktbereiche konzentrieren - entsprechend unseren besonderen schleswig-holsteinischen Interessen und Kompetenzen. Auf Betreiben des Europaministeriums ist Schleswig-Holstein seit 2013 gemeinsam mit Polen Koordinator des Politikbereichs Kultur in der EU-Ostseestrategie. Damit trägt Schleswig-Holstein zur Sichtbarmachung kultureller Identitäten im Ostseeraum bei. Ziel muss sein, dass Schleswig-Holstein weiterhin die Verantwortung für die Umsetzung einzelner für unser Land wichtiger Projekte aus dem EU-Aktionsplan übernimmt.

- Wir wollen **Schleswig-Holstein als maritime Modellregion** weiterentwickeln. Die Landesregierung soll bei der Weiterentwicklung der integrierten Meerespolitik der EU und auf dem Gebiet der Sicherheit auf See eine führende Rolle einnehmen.
- Wir wollen Kooperationen im Bereich **Wissenschaft, Forschung und Innovation** fördern und die Weiterentwicklung des Austauschs in **Kultur und Kreativwirtschaft** weiter voranbringen.
- Auf parlamentarischer Ebene wollen wir die **Zusammenarbeit mit dem Nordischen Rat** intensivieren, um von der fruchtbaren Kooperation der nordischen Länder zu profitieren und unsere Positionen dort einbringen zu können.
- Wir wollen, dass das **Parlamentsforum Südliche Ostsee** verstärkt als regionale Plattform der Ostseekooperation genutzt wird und der Ostseeparlamentarierkonferenz Bericht erstattet.
- Wir wollen, dass Schleswig-Holstein sich verstärkt in den laufenden Reformprozess des **Netzwerkes der Ostseeregionen** (BSSSC) einbringt und mehr Verantwortung in der Arbeit dieses Netzwerkes übernimmt.
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die derzeit unzureichenden **Fördermöglichkeiten von Kulturprojekten im Ostseeraum** verbessert werden. Wir wollen uns dafür stark machen, dass das **INTERREG-Ostseeprogramm der EU und die EU-Ostseestrategie** in der nächsten Förderperiode ab 2020 zielgenauer aufeinander abgestimmt werden.
- Wir wollen mehr Ressourcen für die weitere **Umsetzung der EU-Ostseestrategie** zur Verfügung stellen. Dies gilt sowohl für die 1991 gegründete Ostseekultur-Initiative Ars Baltica mit Sitz in Rendsburg als wie für die Projektarbeit insgesamt. Unser Ziel ist, Politik und Projekte künftig noch stärker miteinander zu verbinden.
- Wir wollen die Organisation der schleswig-holsteinischen „**Hanse-Büros**“ im Ostseeraum straffen und eine stärkere Vernetzung mit anderen Partner herbeiführen.

Nordseezusammenarbeit erneuern

Die Nordsee-Kooperation birgt eine wichtige strategische Perspektive für Schleswig-Holstein. Voraussetzung für eine fruchtbare, langfristige Zusammenarbeit ist aber, dass die besonderen kulturellen Beziehungen und persönlichen Kontakte der Nordsee-Anrainer gepflegt und ausgebaut werden.

- Wir wollen, dass das Land seine Mitwirkung in der **Nordseekommission** (NSC) mit gut 30 Mitgliedsregionen weiter entwickelt.
- Wir wollen, dass parallel zu wirtschaftspolitischen Strategien auch eine verstärkte **kulturelle Zusammenarbeit** und ein Austausch beim **Tourismusmarketing** angestrebt werden.
- Wir wollen ausloten, in welchen **Handlungsfeldern** wir mit welchen Partnern aus Schleswig-Holstein und anderen Nordseeanrainerstaaten nachhaltige Projekte entwickeln und Kooperationen aufbauen können.
- Wir wollen, dass das Land seine Zusammenarbeit mit den **niederländischen Provinzen Groningen und Drenthe** und insbesondere der **Provinz Fryslân** (Friesland) intensiviert und nach vorne bringt. Dies ist eine konkrete Chance, die Kompetenzen der Minderheiten im Land zum Vorteil aller zu nutzen, denn die Niederlande ist einer der wichtigsten Außenhandelspartner der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Außerdem kommt der Zusammenarbeit im Rahmen der interfriesischen Kulturarbeit eine besondere Rolle zu - zum Nutzen unserer konzeptionellen Kulturperspektiven Schleswig-Holstein und der schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik.
- Wir wollen, dass auch nach dem Ausscheiden **Großbritanniens** aus der EU die Beziehung zu unseren Nachbarn im Nordseebereich bestehen bleiben. Darüber hinaus gilt es diese Zusammenarbeit zu verstetigen und auszubauen.
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass sich **weitere Nordseeanrainerstaaten** und Regionen an der Nordseezusammenarbeit beteiligen. Die Nordseekommission ist die einzige Organisation, die sich als Stimme für die gesamte Nordsee versteht. Vor diesem Hintergrund werden wir auch unsere Mitwirkung in der Dachorganisation der peripheren Küstenregionen in Europa (KPKR) neu ausrichten.
- Wir wollen die Nordseezusammenarbeit mit unseren **anderen Kooperationsräumen** – unserer Ostseepolitik und dem Rahmenplan zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit – verzahnen.

Unsere Umweltpolitik: Konsequenter Schutz für Mensch und Natur

Das Artensterben und die Zerstörung von Lebensräumen und Ökosystemen schreiten auch in unserem Land fort. Es ist für Mensch und Natur eminent wichtig, die große Bandbreite an Ökosystemen und Lebensräumen sowie die Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten zu sichern und zu entwickeln. Aus diesem Grund haben wir für Schleswig-Holstein bereits ein Landesnaturschutzgesetz geschaffen, das die Nach-

haltung und die Bewahrung der Biodiversität stärker als bisher in den Mittelpunkt rückt. Dies muss jetzt konsequent verfolgt werden.

Wir Menschen tragen die Verantwortung für den Erhalt und die Wiederherstellung unserer Natur. Deshalb ist ein höheres Umweltbewusstsein der Menschen der Schlüssel, um Umweltschäden zu verhindern und Risiken zu minimieren. Umweltkriminalität darf sich nicht lohnen und muss mit harten Strafen belegt werden.

Die fortschreitende Klimaerwärmung ist eine Realität, vor der wir nicht die Augen verschließen dürfen. Um die katastrophalen Folgen dieses Klimawandels aufzuhalten, müssen wir ebenso wie alle anderen Industriestaaten den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase bis 2050 unbedingt um mindestens 80% reduzieren.

Das wollen wir bis 2022 erreichen:

Weniger Fläche verbrauchen

Die Intensivierung der Landwirtschaft oder der Flächenverbrauch durch Siedlungs- und Straßenbau haben Auswirkungen auf Natur und Landschaft und wirken sich negativ auf die biologische Vielfalt aus. Der Flächenverbrauch muss weiter verringert werden.

- Wir wollen eine landesweite **Strategie zur Verringerung des Flächenverbrauchs**.

Unser Wasser besser schützen

Sauberes Wasser ist ein Menschenrecht. Pestizide, Nitrate, industrielles Abwasser und Fracking sind aber eine ernste Gefahr für unser Grundwasser. Trotz aller bisher getroffenen Maßnahmen zum Schutz des Grund- und Oberflächenwassers kann Schleswig-Holstein aber die Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Teilen nicht einhalten. Art und Umfang der Düngung sowie der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln geht zu Lasten der Wasserqualität und beeinträchtigt auch die biologische Vielfalt.

- Wir wollen mehr für den **Gewässerschutz** auf allen politischen Ebenen tun - und zwar sowohl im gewerblichen, landwirtschaftlichen als auch im privaten Bereich. Die Nitratbelastung insbesondere auf dem Geestrücken Schleswig-Holsteins muss gesenkt werden.
- Wir wollen die konsequente Einhaltung strenger **Grenzwerte für Düngemittel und Pflanzenschutzmittel** im Grundwasser. Um unser Oberflächenwasser zusätzlich zu entlasten, müssen wir weitere geeignete Maßnahmen ergreifen.

Wälder ausweiten

Schleswig-Holstein ist ein waldarmes Land. Umso wichtiger ist es, unsere Wälder zu schützen, zu pflegen und auszuweiten.

- Wir wollen einen höheren Anteil der öffentlichen Wälder dauerhaft **aus der Forstnutzung** nehmen. Dadurch kann sich die biologische Vielfalt des Waldes entfalten.
- Wir wollen, dass das Land mehr **Flächen ankauft und mit Mischwald aufforstet**, um eine stärkere Waldbildung in Schleswig-Holstein zu fördern.

Unsere beiden Meere schützen

Nord- und Ostsee sind zunehmenden Belastungen ausgesetzt. Die Ölförderung und der Eintrag an Giftstoffen gefährden die Meere. Dabei kommt dem Meeresschutz, insbesondere im Weltnaturerbe Wattenmeer, in Schleswig-Holstein eine hohe Bedeutung zu. Es geht nicht nur um Natur- sondern um Menschenschutz: Das Biosphärenreservat Wattenmeer, insbesondere die Biosphäre Halligen, ist eine von der UNESCO anerkannte Modellregion, in der erprobt wird, wie der Mensch in gewachsenen Kulturlandschaften auch heute noch nachhaltig naturnah wirtschaften und gut leben kann.

- Wir wollen **keinen Abbau von Rohstoffen** in Meeresschutzgebieten.
- Wir wollen ein generelles **Verbot seismischer Erkundungen** in Meeresschutzgebieten, weil der hierdurch entstehende Lärm negative Auswirkungen auf viele marine Arten hat.
- Wir wollen eine **gemeinsame Meeresstrategie** aller Anrainerstaaten, denn nur so lassen sich Nord- und Ostsee nachhaltig wieder in einen guten Umweltzustand bringen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass endlich Alternativen für die Verklappung von Sedimenten aus dem Hamburger Hafen und dem Untereldebereich in der Nordsee gefunden werden.

Müll reduzieren und Ressourcen schonen

Um unsere immer knapper werdenden Ressourcen zu schonen und sinnvoll zu nutzen, braucht es konkrete Strategien. Einwegverpackungen, Verbrauchsgüter oder Baustoffe aus energieintensiver und umweltbelastender Produktion mit kurzlebigen Wirkungsgraden müssen schrittweise durch nachhaltigere Alternativen ersetzt werden. Ressourcen und Verbrauchsgüter müssen noch effektiver recycelt und unnötiger Verderb und Verbrauch abgebaut werden.

- Wir wollen Maßnahmen zur **Vermeidung von Plastikmüll** in Schleswig-Holstein ergreifen und Lösungsansätze zur Minimierung von Plastikmüll fördern. Projekte zur Reduzierung des Plastikmülls in den Meeren, wie „Fishing for Litter“ („Müllfischen“), müssen weiter unterstützt werden.
- Wir wollen ein modernes und umweltfreundliches **Wertstoffgesetz**, das klare Ziele zur Abfallvermeidung und zur Wiederverwertung vorgibt.

Küstenschutz intensivieren

Selbst wenn die Menschheit von heute auf morgen völlig CO₂-neutral leben würde, könnten wir die Erwärmung des Erdklimas nicht mehr rückgängig machen. Das Eis am Nord- und Südpol schmilzt bereits und in den nächsten Jahrzehnten wird der Meeresspiegel unaufhaltbar ansteigen. Deshalb muss sich Schleswig-Holstein als das Land zwischen den Meeren schon jetzt auf die Folgen des Klimawandels einstellen. Die Sicherung unserer Küsten und der Küstenbewohnerinnen und Küstenbewohner muss dabei Priorität haben. Insbesondere an der Nordsee aber auch in einigen Gebieten der Ostsee müssen die Küstenschutzmaßnahmen in den nächsten Jahren intensiviert und die Deiche stetig gesichert und ausgebaut werden. Diese Aufgabe ist eine gemeinsame Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Deshalb lehnen wir eine Küstenschutzabgabe, die nur die Küstenbewohner treffen würde, konsequent ab.

- Wir wollen, dass der **Generalplan Küstenschutz** weiter abgearbeitet wird, damit die Sicherheit von Mensch und Natur gewährleistet ist.
- Wir wollen, dass bei Unterhaltungsmaßnahmen, Vorlandarbeiten, Sandvorspülungen und ähnlichem, Ausgleichsmaßnahmen so gestaltet werden, dass diese in Küstenschutzmaßnahmen mit integriert werden. Hier ist das Vorlandmanagementkonzept ein Vorbild. Übergeordnetes Ziel muss es sein, dass in Zukunft für **Küstenschutzmaßnahmen keine Ausgleichsmaßnahmen** mehr notwendig sind.
- Wir wollen, dass der Küstenschutz in der **Vermarktungsstrategie** für den Nationalpark Wattenmeer und im Tourismus eine stärkere Rolle spielt und so die Bevölkerung und die Touristinnen und Touristen für die Aufgaben des Küstenschutzes stärker sensibilisiert werden.

Unsere Klima- und Energiepolitik: Energiewende ohne Wenn und Aber

Die Energiewende weg von der Atomkraft und Kohleverbrennung hin zu erneuerbaren Energien ist technisch möglich, ökologisch notwendig und volkswirtschaftlich sinnvoll. Schleswig-Holstein ist ganz vorne mit dabei. Nachdem das letzte Atomkraftwerk in 2021 im Land stillgelegt sein wird, werden wir in der Lage sein, unseren eigenen Strombedarf zu decken und Strom aus erneuerbaren Energien zu exportieren. Insbesondere dank der Windenergie. Das ist nicht nur verantwortungsvoll, sondern auch wirtschaftlich vernünftig.

Die Umgestaltung unserer Energieversorgung beruht auf mehreren Säulen: Erneuerbare Energien, Dezentrale Energieversorgung, Investitionen in Energieeffizienz, Energieeinsparmaßnahmen und Kraft-Wärme-Kopplung. Bei der Stromproduktion sind wir schon weit gekommen. Jetzt muss in den anderen Bereichen nachgezogen werden. Dabei darf die Bezahlbarkeit der Energie nicht aus den Augen verloren werden.

Das wollen wir bis 2022 erreichen:

Klimaschutz konsequent anstreben

Zur Erfüllung der getroffenen Klimaschutzziele muss der mittelfristige Ausstieg aus den fossilen Energieträgern weiter vorangetrieben werden. Bis zur vollständigen Versorgung durch erneuerbare Energien dürfen nur die am wenigsten klimaschädlichen Technologien angewendet werden.

- Wir wollen, dass es **keine neuen Kohlekraftwerke** mehr gibt. Sollten neue Kraftwerke benötigt werden, dann nur noch **regionale Gaskraftwerke**.

Windenergie weiter ausbauen

Der Ausbau der Windenergie muss weiter vorangebracht werden, weil er für die Energiewende entscheidend ist und für die Wirtschaftskraft unseres Landes eine sehr wichtige Rolle spielt. Gleichzeitig nehmen wir aber auch ernst, dass Menschen sich durch Windkraftanlagen belästigt fühlen und Angst um ihre Gesundheit haben.

- Wir wollen die Windenergie im Land **maßvoll ausbauen**, weil Windkraft an Land die günstigste erneuerbare Energieform ist. Sie trägt maßgeblich dazu bei, dass wir den Atomausstieg schaffen, ohne dass die Energiekosten explodieren.
- Wir wollen, dass die Windenergie in Schleswig-Holstein weiterhin **vom Land geplant und gesteuert** wird, denn nur so haben wir die Möglichkeit, die verschiedenen Interessen abzuwägen und zu berücksichtigen.
- Wir wollen die **Grundlagenforschung im Bereich der Schallemissionen** voranbringen. Hier ist insbesondere der Bund in der Pflicht, damit bundesweit gleiche Voraussetzungen bestehen.
- Voraussetzung für den Ausbau der Windenergie auf geeigneten Flächen im Land ist, dass der Strom in die Verbrauchszentren abtransportiert werden kann. Deshalb wollen wir die **Stromleitungskapazitäten** weiter ausbauen.
- Wir wollen beim Aus- und Neubau von Stromtrassen eine echte **Bürgerbeteiligung**, die zu alternativen Trassenführungen führen kann.

- Wir wollen, dort wo es möglich ist, **Erdkabeln** Vorrang vor Freileitungen einräumen.
- Wir wollen, dass bei der Ausschreibung von Repowering-Maßnahmen **Bürgerwindsparks Vorrang** haben.
- Wir wollen, dass **alle Bundesländer** sich am Ausbau der Stromkapazitäten beteiligen müssen, damit die Energiewende überhaupt solidarisch gelingen kann.
- Wir wollen eine **gerechte bundesweite** Verteilung der Netz-Ausbaukosten. Schleswig-Holsteins Stromkunden müssen viel schultern. Dies kann zu einem wirtschaftlichen Standortnachteil führen. Die Schleswig-Holsteiner dürfen nicht durch hohe Netzentgelte für den Ausbau der Windenergie und den dafür erforderlichen Netzausbau bestraft werden.

Strom vor Ort produzieren, speichern und nutzen

Am besten wird der Strom dort genutzt, wo er produziert wird. Bereits heute arbeiten Wirtschaft, Hochschule und engagierte Menschen vor Ort in den verschiedenen Regionen des Landes an diversen Speicher- und Nutzungsmöglichkeiten. Wir befinden uns aber noch in den Anfängen und es besteht ein großer Bedarf an Forschung, Entwicklung und Umsetzung in diesem Bereich.

- Wir wollen die Forschung im Bereich der **Strom-Speichertechnologie** forciert unterstützen, hierunter auch die Wasserstoff-Technologie und die Power-to-Gas-Technologie. Eine große Chance bietet die Nutzung der Wasserstoff-Brennstoffzellentechnik. Hier darf Schleswig-Holstein nicht den Anschluss verdienen.
- Wir wollen, dass auf den vielen nichtelektrifizierten Regionalbahnstrecken in Schleswig-Holstein, die heute noch mit Dieselloks betrieben werden, in Zukunft mit Wasserstoff betriebene Züge eingesetzt werden. Dazu soll in Wasserstoff umgewandelter, überschüssiger Windstrom eingesetzt werden.
- Wir wollen, dass die Möglichkeiten genutzt werden, klimaneutral gewonnene Energie in Wärme umzuwandeln. Mit dem so genannten „**Power-to-heat**“ (Strom zu Wärme) können wir fossile Energieträger einsparen und CO₂-Emissionen reduzieren.
- Wir wollen die **Elektromobilität fördern**, indem für E-Bikes, E-Autos oder E-Busse Strom vor Ort zur Verfügung steht. Wir setzen uns für ein dichtes E-Tankstellennetz mit einheitlicher Ladestruktur ein.
- Wir wollen **energieintensiven, modernen Unternehmen** die Möglichkeit geben, sich dort anzusiedeln, wo billiger grüner Strom produziert wird - bei uns.

CCS und Fracking ausschließen

Fossile Energieträger produzieren Abgase, die niemand haben will. Durch die CCS-Technologie sollen diese Abgase in unterirdischen Endlagern verpresst werden. Aber niemand kann sagen, wie sich das auswirkt. CCS ist ein Irrweg der Energiekonzerne, um Kraftwerke mit fossilen Energieträgern weiterlaufen zu lassen. Vergleichbares gilt auch für das „Fracking“, bei dem mit giftigen Chemikalien Ölvorkommen aus Gestein im Untergrund gelöst werden sollen. Bei diesen Technologien kann niemand für die Sicherheit von Mensch und Natur garantieren. Deshalb lehnen wir sie ohne Wenn und Aber ab.

- Wir setzen uns dafür ein, dass im Bergrecht der Schutz des Grundwassers **Vorrang vor der Aufsuchung und Gewinnung** von Rohstoffen erhält.
- Wir wollen dafür sorgen, dass **CCS und Fracking in Schleswig-Holstein dauerhaft unterbunden** werden.